

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckort u. Verlagsort: Prag II, Neklasova 16 • Telefon: 20795, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33535 • Postfachamt: 37344

12. Jahrgang.

Mittwoch, 22. Juni 1932

Nr. 147.

Majarat über Slowaken, Deutsche, Magyaren.

Die Preßburger Revue „Politika“ bringt ein längeres Interview mit dem Präsidenten Majarat, in dem dieser sich hauptsächlich mit dem Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken äußert. Er sagt u. a.:

Trotz allen Mißverständnissen, die sich aus der politischen Unersahrenheit ergeben, sehe ich ein gegenseitiges Erkennen und eine gegenseitige Annäherung der beiden Zweige der Nation. Einen neuen Staat anzubauen, ist unter den Nachkriegsverhältnissen eine schwierige Aufgabe; der Staatsgedanke entwickelt und festigt sich nur durch politische und administrative Praxis. Das gilt auch für die Tschechen, nicht nur für die Slowaken. Die Tschechen sind insofern im Vorteil, daß sie ihren Staat hatten und daß sie eine Tradition ihrer Selbständigkeit haben. Für die Entwicklung der ersten Jahre nach dem Umsturz war es gut, daß wenigstens einige Slowaken administrative Erfahrungen in Folge der Autonomie der Städte und der Kirche hatten. Eine Sprachfrage oder gar einen Sprachkonflikt kann es nicht geben, da die Verfassung die slowakische Sprache der tschechischen Sprache im ganzen Staate gleichgestellt hat.

Von Interesse ist auch, was der Präsident über die nationalen Minderheiten sagte:

Unserer Republik erwächst infolge ihrer nationalen Zusammensetzung ein großes politisches Problem in der richtigen Lösung des Verhältnisses der Mehrheit zu den Deutschen. Die praktischste Politik ist hier die Politik der gegenseitigen Achtung, die aus dem Selbstbewußtsein und der Bescheidenheit hervorgeht.

Die Slowaken sind als Nachbarn der Ungarn in erster Reihe berufen, an einem vernünftigen und freundschaftlichen Verhältnis zu den Ungarn zu arbeiten. Die slowakische Intelligenz muß die ungarische Sprache pflegen, übrigens auch die tschechische Intelligenz. Die Ungarn entfalten als Minderheit naturgemäß eine starke Energie und waren außerdem unter dem alten Regime infolge der Schulen und aller Bildungsmittel, die sie besaßen, unverhältnismäßig besser vorbereitet als die Slowaken. Polach hat keine Landbesitzer ermahnt, in dem kulturellen Wettbewerb mit den Deutschen ihre Bemühungen zu verdreifachen. Die slowakische Jugend möge sich nach diesem ersten Rat richten.

Ich würde wünschen, daß die slowakische und die tschechische junge Intelligenz ihre kulturellen und politischen Aufgaben recht konsequent erfüllt, daß sie die nationale und die kulturelle Monoglossigkeit und Verschiedenheit der Bevölkerung unseres Staates überhaupt gründlich studiere und sich nicht mit unbestimmten Schlagworten zufriedengebe. Wir müssen Europäer und Weltmenschen sein, aber das werden wir nur dann, wenn wir gute Tschechoslowaken sein werden, die sich und ihre Bedürfnisse kennen. Unsere Intelligenz darf nicht dem politischen Dilettantismus verfallen, sie muß die politischen und administrativen Probleme studieren.

Amerika muß ab.

Washington, 21. Juni. (Reuter.) Das Staatsdepartement demontiert kategorisch die aus Lausanne eingelangten Nachrichten, in denen behauptet wird, die Vereinigten Staaten hätten ihre offizielle Zustimmung dazu ausgesprochen, daß die Kriegsschuldfrage unter der Bedingung, daß man zu einem befriedigenden Abkommen in der Abrüstungsfrage gelangt, neuerlich zur Sprache gebracht werde.

Staatssekretär Stimson erklärte, es habe nicht nur kein Meinungsaustrausch über diesen Gegenstand zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und den amerikanischen Vertretern in Genf stattgefunden, sondern es hätten auch diese Vertreter — wie sie dem Staatsdepartement beistimmten — keine derartigen Beratungen mit Vertretern irgend einer Großmacht gehabt. Die Vertreter der Vereinigten Staaten beschäftigen sich ausschließlich mit der Abrüstungsfrage. Bezüglich keiner Verhandlungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten in Genf und mit den Vertretern der europäischen Großmächte lehnte Stimson jedwede Informationen ab.

Legale Diktatur der Reichswehrgenerale?

Reichsregierung will Ausnahmezustand verhängen und die Zivilverwaltung den Generalen unterstellen.

Berlin, 21. Juni. Entscheidend für die weitere innerpolitische Entwicklung Deutschlands wird die für morgen nach Berlin einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder sein. Man spricht von drei Möglichkeiten: Entweder werden die Länderregierungen geneigt sein, sich den von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen, insbesondere was die Aufhebung des Uniformverbotes anlangt, zu unterwerfen oder werden einige Regierungen bei ihrem bisherigen Widerstand beharren.

Für diesen Fall sollen in Kreisen der Reichsregierung zwei Vorschläge in Betracht gezogen werden: Entweder soll eine neue Notverordnung erlassen werden, durch welche das Recht, Uniformen zuzulassen oder zu verbieten, der Befugnis der Länderregierungen entzogen und ausschließlich der Reichsregierung vorbehalten werden würde oder soll der Ausnahmezustand proklamiert werden, in welchem Falle die Reichsregierung ebenfalls einzig und allein die Richtlinien in der Wehrzahl auch lösender Fragen, die bisher in die Befugnis der Länderregierungen fielen, zu erlassen haben würde.

Diese letzte Möglichkeit ist, wie die der Reichsregierung nahe stehende Presse behauptet, in den letzten Tagen bei dem an den entscheidenden Stellen geführten Beratungen in den Vordergrund getreten.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ behaupten zwar, daß die Reichsregierung nicht geneigt sei, sich in eine scharfe Tonart gegen Süddeutschland hineinsetzen zu lassen, wie es Hitler gestern vom Reichsinnenministerium in einer Unterredung verlangt hat. Andererseits wird aber behauptet, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes über Deutschland bestimmt geplant sei, um aus den Schwierigkeiten mit den süddeutschen Staaten herauszukommen.

In Reichswehrkreisen rechnet man bereits bestimmt mit der Verhängung des Ausnahmezustandes sowie damit, daß dann ebenso wie im Jahre 1923 die oberste Leitung der Zivilverwaltung den Reichswehrgenerale übergeben wird. Höchste Reichswehroffiziere sind bereits seit einiger Zeit mit dem Studium der Zivilverwaltung beschäftigt.

Textilarbeiter in Not.

Konferenz der Textilarbeiterverbände.

Prag, 21. Juni. Heute traten die Vertreter der Verbände: Union der Textilarbeiter Neklasberg, Verband der Textilarbeiter Brünn, Verband der Textilarbeiter Nachod, Verband der christlichen Textilarbeiter Jmittan und Verband der christlichen Textilarbeiter Prag, welche in ihren Reihen 150.000 organisierte Mitglieder vereinigen, zu einer Konferenz in Prag zusammen.

Die erschreckend ansteigende und andauernde Massenarbeitslosigkeit innerhalb der Textilindustrie unseres Staates, der furchtbare Notstand der Textilarbeiter und die nicht mehr tragbaren finanziellen Belastungen der Verbände für die Arbeitslosenunterstützung der arbeitslosen Mitglieder haben die Textilarbeiterverbände veranlaßt,

die Dringlichkeit auf die verzweifelte Notlage der Textilarbeiter aufmerkzaam zu machen und die Regierung öffentlich zur sofortigen Hilfeleistung für die Textilarbeiter und ihre Verbände aufzurufen.

Der gegenwärtige Zustand der Arbeitslosigkeit ist für die Textilarbeiterverbände unhaltbar und nicht mehr tragbar.

Hundert Textilarbeiter haben ihre Tore geschlossen, diese zehntausende Textilarbeiter sind arbeitslos, in Hunderten Textilarbetrieben arbeiten zehntausende Arbeiter verkürzt oder sehen mit der Arbeit periodisch aus. Von Woche zu Woche werden neue Betriebseinstellungen und neue Betriebseinschränkungen gemeldet und

die größte Industrie, aber auch die größte Exportindustrie unseres Staates, steht unmittelbar vor dem Versoll. In den Reihen der Textilarbeiter ist ein Zustand krassester Not entstanden und der arbeitslosen Menschen hat sich tiefe Verzweiflung bemächtigt.

Die Textilarbeiterverbände haben gegen ihre Mitglieder die Pflicht bis zum Weiskluten erfüllt, sie haben ihre in früheren Jahren angesammelten Geldreserven fast vollständig für die Arbeitslosenunterstützung aufgebraucht und sind nicht mehr in der Lage ihre gesetzliche Pflicht gegenüber den arbeitslosen Mitgliedern zu erfüllen, wenn nicht sofort die finanzielle Hilfe des Staates einsetzt.

Die Ausgaben für die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung — ohne Einrechnung des Staatsbeitrages — sind gegenwärtig um fünfzig Prozent höher, als die gesamten Einnahmen der Verbände. Der gewerkschaftliche Aufgabenkreis der Verbände erstreckt

sich statutenmäßig nicht nur auf die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, sondern die Verbände haben auch gegenüber ihren Mitgliedern eine ganze Reihe anderer finanzieller Verpflichtungen übernommen, die sie ebenfalls erfüllen müssen, und es kann bestimmt damit gerechnet werden, daß die Ausgaben der Verbände am Jahreschluss 1932 doppelt so hoch sein werden als die gesamten Einnahmen. Die Zahl der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder der Textilarbeiterverbände wird im Jahre 1932 doppelt so hoch sein, als der Mitgliederstand der Verbände.

Bei einer solchen andauernden Massenarbeitslosigkeit, welche den gesamten Mitgliederstand der Verbände erfasst, werden alle versicherungstechnischen Grundlagen zunichte. Dies gilt nicht nur für die Textilarbeiterverbände, sondern auch für jeden anderen Berufsversicherungszweig.

Die Textilarbeiterverbände wollen ohne jede Umgehung des bestehenden Arbeitslosenfürsorgegesetzes ihre Pflichten den arbeitslosen Mitgliedern gegenüber erfüllen, aber das ist nur möglich, wenn ihnen sofort die finanzielle Hilfe des Staates gewährt wird.

Bisher hat unser Staat gegen die Träger der staatlichen Arbeitslosenfürsorge — das sind die Gewerkschaften — seine Pflicht außerst mangelhaft erfüllt.

Unser Staat hat die Verpflichtung, den notleidenden Gewerkschaftsverbänden die Möglichkeit zu geben, daß sie ein zu Recht bestehendes Gesetz für die Arbeiter in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit auch erfüllen können. Diese Verpflichtung gegenüber Gewerkschaftsverbänden, welche von der Arbeitslosigkeit schwer betroffen wurden, haben die Staaten Holland, Belgien, die Schweiz und Dänemark — in welchen ein ähnliches System der Arbeitslosenfürsorge besteht — ausreichend erfüllt und es dadurch ermöglicht, daß die Gewerkschaften ihrer gesetzlichen Pflicht gegenüber den Mitgliedern nachkommen konnten. In einem demokratischen Staate muß der Grundlag Geltung haben, daß bestehende Gesetze, die dem Staatsbürger in der Zeit der Not einen Schutz gewähren, auch in der Notzeit die Wirksamkeit nicht verlieren.

Die Textilarbeiterverbände, resp. ihre Mitglieder, können nicht länger zuwarten; sie werden die Regierung über ihre Notlage sofort informieren und sie erwarten, daß man der Notlage mit Verständnis begegnet und die entsprechende Hilfe des Staates sofort gewährt wird.

Der ungesühnte Mord

Deutschlands Weg von Rathenau zu Goebbels

... Wer aber an Deutschland denkt, da Land der Mütter und Hohen Schulen, der Mäder und Göttern, an zwei zehntausende der Besinnung und des Geistes, der wird und wenn er sieben Leben hätte, grübeln und nicht lassen können, daß ein Urteilspruch in die Welt geht, ein Urteilspruch von lebendigen Menschen, die denken und fühlen, die reden und wissen, waschen und schlafen, und daß dieser Urteilspruch, dieses Wort des Todes, unsere Heimat vernichtet, unsere Städte entvölkert unsere Menschen begräbt.

Ein wissenschaftlicher Mord, kalt, klar, flug und nutzlos, vernichtet das Werk der vergangenen und das Leben der kommenden Geschlechter.

Vas victoribus! Auch wenn wir ihnen vergeben, das Weisgeschehen vergibt ihnen nicht, und das Blut der Unschuldigen kommt über ihr Haupt.

Nach diesem Mord kann die Welt nicht wieder froh werden.

Walter Rathenau, am 13. Mai 1919 über den Vertrag von Versailles.

Zehn Jahre haben ihm Recht gegeben: die Welt, diese Welt zum mindesten, in der Weltkrieg und Versailles möglich waren, konnte und kann nicht mehr froh werden. Sie leugnet heute nicht mehr den Bankrott, den er ihr vorausgesagt hat. Sie hat das „Vas victoribus!“ das „Wehe den Siegern!“ so gut ausgeliefert wie das „Wehe den Besiegten!“ Was die Staatsmänner jetzt in Lausanne an Flickwerk leisten, wird das Ende des Kapitalismus vielleicht hinausschieben, aber nicht aufhalten. Die Staatsmänner Frankreichs und Englands, die besser daran getan hätten, vor zwölf Jahren auf Rathenau zu hören, die Staatsmänner Deutschlands, die jetzt ernten wollen, was die Männer der Republik gesät und mit ihrem Herzblut gebüht haben, werden über kurz oder lang erkennen müssen, daß auch die Streichung der Reparationen, daß die zu späte Liquidierung des Krieges die Leiden der Welt nicht heilen. Sie werden sich zu der Erkenntnis Walter Rathenaus, des ersten aus der Bourgeoisie kommenden Münders der „Planwirtschaft“, durchringen und bequemen müssen, daß die 1914 und 1919 zweimal aus dem Geleise geworfene kapitalistische Welt am Ende ist.

Das Wort aber, das Rathenau über den Vertrag von Versailles geschrieben hat, drei Jahre, ehe ihn völlige Mordtaten, mit allem technischen Zubehör des Abbelungengesetzes, mit Maschinengewehren und Auto ausgerüstet, niederschossen, dieses prophetisch klingende Wort könnte auch auf Deutschland und auf Rathenau tragisches Ende angewandt werden: Nach diesem Mord kann Deutschland nicht mehr froh werden. Nicht, ehe es ihn gesühnt hat.

Dieser Mord war der erste, sinnfälligste Ausdruck jener Barbarengesinnung, die Jahre später in Deutschland als Massensünde auftrat und Weltanschauung einer Millionenbewegung werden konnte. Dieser Mord hatte nicht nur die gefühlsmäßige Rohheit des Mörderpacks, er hatte auch eine dermaßen unerhörte geistige Verrohung zur Voraussetzung, daß er unmittelbar als Zeichen einer Zeitenwende verstanden wurde. Es war nicht der erste und nicht der letzte politische Mord der deutschen Reaktion. Aber er blieb unter rund 500 ein besonderer Einzelfall. Die 1919 gemordeten Sozialisten, Liebknecht und Luxemburg, Landauer und Leving waren im Bürgerkrieg gefallen, freilich alle waffenlos vom bewaffneten Gegne gemeuchelt, aber doch im Zuge einer sozialen regulären Kriegs-, also Mordhandlung. Eraberger war gefallen, weil sich an sei-

nen Namen symbolisch die Erinnerung an den Waffenstillstand knüpfte, für den allerdings Herr von Hindenburg, der Mann mit dem besten Rufkissen der Welt, die eigentliche, militärische Verantwortung trug. Gar eis, war, wie man nun weiß, als Exponent des bayerischen Sozialismus von einer faschistischen, aus Italien besoldeten Truppe ermordet worden. So bestialisch sie waren, hatten diese Mordtaten, vom Standpunkt der Reaktion aus ihren Sinn, sie ließen sich in eine logische Kette einordnen.

Warum aber und durch wen starb Walter Rathenau?

Er war gar kein Erfüllungspolitiker im Sinne der Umsturzjahre. Leidenschaftlich hat er gegen das Unrecht von Versailles gelämpft. Wer hat so beredt, so überzeugend wie er in seinem Appell „An Frankreich!“ vom Februar 1920 das Wort der gerechten deutschen Sache geführt? Er war der erste, der, lange vor Dawes- und Youngplan, die er nicht mehr erlebte, die Erfüllungspolitik aufhändigen wollte, als es 1921 um die Unterzeichnung Deutschlands auf dem Londoner Protokoll ging, diesem „Dokument der Ironie“, das zu unterschreiben Unrechlichkeit wäre.

Walter Rathenau war nicht „westlich orientiert“. Er war der Schrittmacher der deutsch-russischen Verständigung, der Mann von Rapallo, der die Außenpolitik begründen wollte, die seit Jahr und Tag von dem völkischen Kreis um die „Tat“ als die alleinigmachende erklärt wird. Niemals war die deutsche Außenpolitik weniger nach dem Westen orientiert als unter Rathenaus Führung.

Walter Rathenau war kein „Liberaler“. Im Kampf mit dem deutschen Liberalismus hat er sich seine literarischen Sporen verdient. Weder geistig noch wirtschaftlich verteidigte er den Liberalismus. Er war, selbst Kapitalist, doch ein fanatischer Vorkämpfer der gebundenen geplanten, antiliberalistischen Wirtschaft, ein beständiger Gegner liberaler Geistesverlotterung. Er war, ohne Marxist zu sein, Sozialist.

Walter Rathenau war nicht Demokrat im bürgerlich formalen Sinne. Er war der erste einer, die den Zustand der formalen bürgerlichen Demokratie in Deutschland faul nannten, die für die Bereicherung der demokratischen Form durch den sozialen Inhalt eintraten, die Kritik an den politischen Zuständen der jungen Republik übten.

Walter Rathenau war kein Mann ohne Vaterland. Er liebte Deutschland, liebte es mit der ganzen Kraft unverständener und verschämter Liebe, liebte die hohen Schulen, die seine Mörder züchteten.

Warum wurde Rathenau gemordet?

Die ihn mordeten, waren Abenteuer, Spelunken, der übelste Typ deutscher Nachkriegsjugend, Landsknechte, die auf eigene Faust skandalisieren, randalisieren und Beute machen wollten. Als sie ihn niederschossen, wußten sie nicht, wen sie mordeten. Sie hatten nie eine Zeile von Rathenau

gelesen, wußten nur, daß er die „gottverfluchte Judenau“ sei und hofften, daß sein Tod den Bürgerkrieg hervorrufen werde, in dem Beute winkte. Der edelste Mensch, der beste Deutsche wurde von dem lumpigsten Gefindel gemeuchelt.

Das war das Besondere, das Epochenmachende an dem gräßlichen Mord. Er kündete an, daß die Wegelagerer und Beuteilnehmer nun in Deutschland Politik und Geschichte machen würden. Er war das Wetterleuchten einer neuen Zeit, in der Wort und Geist dem Barbarentum erliegen würden. Einer der Mordgesellen, der Herr von Salomon, ist heute ein völkischer Schriftsteller. Aber auch ohne diesen Identitätsbeweis wüßte man, daß die Entwicklung, die Herrn Goebbels hochbrachte, der sich auf den Plakaten als den „Banditen von Berlin“ ankündigt, läßt, mit dem sinnlos barbarischen Mord vom 22. Juni 1922 begonnen hat.

Die deutsche Arbeiterklasse hat das Signal gesehen und verstanden. Es war keiner der ihnen, den es getroffen hatte. Vielleicht begriffen die Arbeiter gerade darum, wieviel es geschlagen hatte. Die Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien war die

Folge des Mordes an Rathenau. Aber das demokratische Bürgertum Deutschlands begriff nicht. Es ließ sich von kleinlichen Klasseninteressen statt vom großen nationalen Interesse leiten. Es erzwang die große Koalition, die zu Ruhrkrieg und Inflation führte. Es ist das Erbe des Herrn Dr. Wirth, der nach dem Mord große Worte fand, aber kleine Taten setzte, es ist das Erbe der bürgerlichen Republikaner Deutschlands, das die Regierung Papen-Schleicher nun verteilt. Deutschland konnte nicht mehr froh werden nach diesem Mord, nach diesem ungeführten Mord.

Denn Sühne an Rathenau, Sühne für den Mord wäre nur die Erneuerung Deutschlands und der Republik aus dem Geiste des Sozialismus. Sühne wäre und wird erst sein die Rückkehr des deutschen Volkes zu Geist und Gerechtigkeit.

Zehn Jahre nach dem Tode Walter Rathenaus tritt das deutsche Volk zu entscheidenden Kämpfen an. Was damals verjährt wurde, ist heute schwer nachzuholen. Dennoch wird Deutschland nicht zum Banditenstaat des Goebbels werden, wenn die Deutschen, die links von Hitler stehen, in diesem Kampfe ihren Mann stellen, gewillt die Schmach zu tilgen, die der ungeführte Mord an Rathenau für Volk und Republik bedeutet! E. F.

Zum Nachdenken!

Wie Kommunisten Streikgelder verwenden!

Ein Arbeiter schreibt uns:

Nach einer, in der „Internationale“ vom 19. Juni veröffentlichten „Gesamtabrechnung der Sammlungen für die streikenden nordböhmischen Bergarbeiter“, beträgt deren Ergebnis K 301.087,05. Dieser Betrag wurde von der den Bergarbeitern gutgesinnten Bevölkerung gespendet. Nach wiederholten Aufforderungen und längerem Zögern, gibt nun die kommunistische Presse die oben angeführte Gesamtabrechnung bekannt, aus der hervorgeht, daß nicht die ganze Summe an die streikenden Bergarbeiter zur Auszahlung gelangte. Da sind u. a. nur K 10.500.— für Unterstützungen an die streikenden Bergarbeiter enthalten; das ergäbe für jeden Bergmann eine Krone. Für Fahrgehalte an Bahn und Elektrische wurden K 6.370,60 veranschlagt. Es ist allgemein bekannt, daß die streikenden Bergarbeiter immer marschieren.

Für wen wurden also diese Reisepesen geleistet?

Die Abrechnung enthält ferner einen Betrag von K 27.217,96 für „Fahrgehalt und Unterstützung an die Kinder der streikenden Bergarbeiter“. Haben euere Kinder nach Bräu und zurück Fahrgehalt bekommen? Wir haben manchen Demonstrationen gesehen, wo die Kinder bei den Erwachsenen gelaufen sind. K 9.275.— wurden für Flugzettel, Propagandamaterial und Sammelisten, K 10.007,80 für Portogebühren und K 7.507,40 für Vielfältigungs-kosten, Ruberts, Adressenschriften und verschiedene andere Ausgaben verwendet.

Aus diesem Ausweis geht nun einwandfrei hervor, daß rund 40.000 K für

Verwaltungsauslagen Verwendung gefunden haben. Während der Dauer des nordböhmischen Bergarbeiterstreiks hat die Zentralstreikleitung also täglich etwa 2000 K zur „Führung“ dieses revolutionären Kampfes benötigt.

Es ist ganz klar, daß dieser Aufwand von der kommunistischen Partei und dem kommunistischen Bergarbeiterverband zu decken gewesen wäre, nicht aber aus jenen Mitteln, die von allen Schichten der Bevölkerung ausschließlich für die notleidenden Bergarbeiter gespendet wurden.

Die „Internationale“ gibt in dieser Abrechnung auch bekannt, daß an die Konsumgenossenschaften K 98.000.—, an „sonstige Lieferanten“ K 82.000.— ausbezahlt wurden. Ziffern, die auf Grund des Vorhergesagten stark angezweifelt werden müssen, weil auch in den Kreisen der kommunistisch orientierten Arbeiter die Vermutung ausgesprochen wurde, daß sie von der Ausgabe so großer Lebensmittelmengen nichts bemerkt hätten. Interessant ist ferner auch der Umstand, daß ein verbleibender Restbetrag von etwa K 43.000.— ausgewiesen wird, über dessen Verwendung die „Internationale“ sagt, daß er „für die nachträglich durch den Streik entstandenen Auslagen und für den Rechtschutz der perspektivierten Arbeiter verwendet“ werden soll. Das übrige Geld soll als Streikfonds angelegt werden.

Als besonders bemerkenswert muß noch festgestellt werden, daß „Der Bergarbeiter“, das Organ des kommunistischen Bergarbeiterverbandes am 20. Mai einen Spendenausweis veröffentlichte, der nur K 214.000.— an Einnahmen enthielt. Mit Recht fragt „Glück auf“:

Wo sind die fehlenden K 86.000.— hingelommen?

Diese merkwürdigen Differenzen in zwei kommunistischen Zeitungen lassen zur Genüge erkennen, wie verlässlich die veröffentlichten „Berrechnungen“ des Zentralstreikauschusses sein mögen.

Festgehalten werden soll, daß nach dem Ausweis der „Internationale“ K 10.500.— für Unterstützungen an streikende Arbeiter und nahezu K 40.000.— für die Verwaltungsauslagen der kommunistischen Führer Verwendungen fanden. Wir bringen auch unserer Leserschaft diese Tatsachen zur Kenntnis, weil es für die Bevölkerung sicherlich nicht uninteressant sein dürfte, zu erfahren, welche Motive bei den kommunistischen Streikführern maßgebend waren.

Mit dem von der Öffentlichkeit gespendeten Gelde, das für die streikenden Bergarbeiter bestimmt war, haben also die Kommunisten ihre Ausgaben für Flugblätter, Drucksachen, Zeitungen, Sitzungen, Versammlungen, ferner für Agitationsfahrten nach Falkenau und Kladno, sowie die separate Unterstützung ihrer Unterführer, kurz, für ihren ganzen „Streik“ bestritten. Den eigenen Anhängern haben die kommunistischen Führer 20 Kronen in der Woche gegeben und den übrigen 22.000 Bergarbeitern, für die ja das ganze Geld mitgesammelt wurde, haben sie überhaupt nichts gegeben.

Aus den vorangeführten Tatsachen können die Bergarbeiter ersehen, zu welchen Zwecken die Kommunisten öffentliche Gelder verwenden und welches unverantwortliche Spiel sie mit ihren Interessen treiben.

Bergarbeiter! Leget den kommunistischen Führern endlich ihr Handwerk!

Die Berggesetzesnovelle wird den Revierräten vorgelegt. Anlässlich der Verhandlung der Berggesetzesnovelle im Senat hatte schon Gen. Jarolim darauf verwiesen, daß die Novelle vorher nicht vollständig den Revierräten zur Begutachtung vorgelegt und dadurch das Gesetz vom Jahre 1920 über die Revierräte verletzt worden ist, dessen § 22 ausdrücklich vorschreibt, daß die Revierräte als Beirat bei allen Gesetzesverordnungen, die den Bergbau betreffen, einzuberufen sind. Bei der Verhandlung der Novelle im verfassungsrechtlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wies gestern Genosse Schweichhart neuerdings nachdrücklich auf diesen Mangel hin und konstatierte auch, daß die Vorlage den Interessen der Arbeiterschaft keinesfalls ausreichend Rechnung trage. Sein Antrag, das Gesetz noch jezt den Revierräten zur Begutachtung zu überweisen und die Verhandlungen indessen auszuschieben, wurde angenommen.

Kleinere Änderungen an der Hefesteuer. Der Gewerbesteuer-Ausschuss nahm an der Regierungsvorlage über die Hefesteuer einige kleinere Änderungen vor. Die Steuer soll erst am 25. (und nicht schon am 3.) jedes Monats im nachhinein fällig sein. Der pauschalierte Ertrag für die bereits errichtete Steuer für verordnete Hefe wird von einem Viertelprozent auf ein halbes Prozent der gesamten Steuer erhöht; dieses halbe Prozent zieht sich der Produzent sofort von der abzuliefernden Steuer ab. — Der Nationaldemokrat und frühere Handelsminister Kovak verlangte die Streichung des § 11, der die amtliche Festsetzung der Hefepreise ermöglicht, und verließ ostentativ den Ausschuss, als dieser Paragraph trotzdem gegen seine Stimme angenommen wurde. Kovak kündigte an, daß seine Partei zu diesem Vorfalle erst noch Stellung nehmen werde.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

„Werden Sie überhaupt arbeiten können?“ frage ich.

Sie ist immer freundlich und beschiden, immer geduldig. Mit aufgeregtem Kopf nimmt sie das Stenogramm entgegen. Ich erschreke jedesmal, wenn sie hustet. Es hört sich böse an. Und ihre Hand! Ich sehe mit Grauen auf diese Hand, die die Stirn stützt. Erschreckend enthüllt sie das Geheimnis des Inwendigen. Das Skelett arbeitet sich durch. Die Gelenke sind klöppelstochartig verodet. Eine furchtbare Ahnung lahm mich. Ich breche mitten im Disko ab.

„Gehen Sie nach Hause, Fräulein Müller. Lassen Sie alles liegen, ich werde mit Herrn Murawski sprechen.“

Sie hustet und amnet danach so hoch, als gälte es, Schmerzen in der Tiefe nicht auszurühren.

Murawski hat ihr durch Leda sagen lassen, er wolle ihr gleich mittags diktieren. Solange will sie auf jeden Fall warten. Sie getraut sich nicht fort.

Ich denke, daß es vielleicht auch besser ist, wenn er sie sieht und nicht ihr ermunternd zu, als sie nachher durch unser Zimmer geschlichen kommt, merkwürdig schattenhaft und blutlos.

Wir hören, wie Murawski sie anblafft.

Jetzt scheint er zu diktieren. Wir hören sein mühseliges Gekstobele. Ab und zu entsteht eine Pause. Fast eine Stunde vergeht.

Wachst vergiftet gern das Anklopfen, ehe er ins Privatkontor geht. Je mehr er steht, desto besser für seine Stellung denkt er. So reißt er auch jezt unvermittelt die Tür auf und tritt ein.

Ich habe noch gerade die blitzschnelle Bewegung gesehen, mit der Murawski seinen Arm aus Fräulein Müllers Rückenanschnitt gezogen.

Einer Sterbenden, denke ich entsezt, dies einer Sterbenden! —

Vor mir stapelt sich die Arbeit. Ich habe Aufforderungen für die Zentralen zu machen, berichte über die Aussichten für den kommenden Verleibmonat. Bouer in Marienberg muß Zwangstermine haben. Ein neues Dispositionsbuch ist einzurichten. Niemand verlangt eine Ueberlicht über unsere Luftspiele.

Aber es geht nicht, ich kann nicht mehr arbeiten. Ich bin selbst krank, in innerster Seele zerstreut.

Um sechs Uhr schleiche ich mich fort. Ich weine auf der Straße. In meinem Zimmer ist es kalt. Ich heize nicht, um so viel wie möglich zu sparen. Auch bin ich ja nie zu Hause. Alles ekelt mich an: das Margarinebrot mit der billigen Würst, der Tee vom zweiten Aufguss. Ob ich es wagen kann, mit knapp hundertfünfzig Mark Ersparnissen diese entseztliche Stellung aufzugeben? Ich fürchte mich vor dem Fortgehen nicht weniger als vor dem Bleiben. Was soll denn noch kommen?

Ich gehe ohne zu essen ins Bett. Aus der unteren Wohnung dringt Lachen und Singen zu mir herauf. Lachen und Singen, wie weit, wie weit!

Der nächste Tag ist tumultuär wie ein anderer zuvor. Frau Zuhl schwimmt schon morgens in Tränen. Wieviel Tränen werden doch hier geweint!

Murawski hat ihr sagen lassen, sie solle sich nicht untergeben, auch nur einen Pfennig Gehalt zu zahlen. Es ist der Monatslohn.

Trohende Gruppen stehen allenthalben umher.

Gleich nachdem ich gestern gegangen, hat Murawski nach mir gefragt und getobt wie ein Wahnwüchiger, als ihm gemeldet worden, ich sei bereits fort.

Er hat mit Entlassungen gedroht. Der

Expedient fehlt. Ich fürchte, er kommt gar nicht mehr wieder. Nun sitzen wir am Programmwechsel ohne Expedienten. Die Telefonistin hat ein paar Ohrspeigen bekommen. Niemand weiß wofür. Ich glaube, daß sie heute noch geht. Dann haben wir niemanden für das Telefon.

Um neun Uhr grassiert das Gerücht, Murawski sei bereits aufgestanden. Ich fühle ein bestiges Zittern in den Knien und habe Mühe, meine Gedanken zusammenzufassen. Mit einem Male ertrage ich dies alles nicht mehr.

Da der Verband im Augenblick das Wichtigste ist, begede ich mich in die Expedition. Die Jungen sind aufständig und wollen nicht eher zum Lager, als bis sie wissen, daß sie heute ihren Lohn bekommen. Ich verbürge mich dafür, Endlich rufen sie ab.

Die Schäferhündin hat vor vierzehn Tagen Junge bekommen. Sie liegen hier in der Expedition in einem Winkel. Wie ein Wunder zieht das Riefen der Kleinen durch meine schmerzenden Gedanken.

Schon höre ich Murawski in den vorderen Räumen toben. Er ergeht sich in den gemeinsten Schimpfvoorten der Gasse.

Ich werde telefonisch aus Rastenburg verlangt und muß ungeachtet alles inneren Widerstrebens nach vorn, wo die Dispositionsbücher liegen.

Ich bin so aufgereggt, daß ich die Frau gar nicht beachte, die sich neben mir durch die Tür drängt.

Murawski jetert mit der Bedmann. Der Streik geht per du und ist durchgeht von Ausdrücken der Dirmensprache. Frau Zuhl hält sich die Ohren zu. An allen Gliedern zitternd sieht Fräulein Lindners Nachfolgerin hinter ihrem Journal. Sie hat heute ihren ersten Arbeitstag bei uns, ihren ersten Arbeitstag überhaupt.

Ich schreie in den Apparat, weil ich kein Wort verstehe. Niemand achtet in dem Tumult auf die fremde Frau.

Ich sehe sie einen zöghaften Schritt näher zu Fräulein Gauda machen und sehe die Gauda in Entsetzen erstarren.

Die Gauda geht zu Frau Zuhl und sagt ihr etwas, das ich nicht verstehen kann. Frau Zuhl sieht genau so verstört drein wie Fräulein Gauda. Sie gibt der Frau die Hand.

In meinem Kopfe verwirrt sich alles. Ich begreife nichts von dem, was der Kunde mir sagt.

„Und Sie“, schreit Murawski jezt zu mir herüber, „Sie kommen sofort mal mit in mein Zimmer. Mit Ihnen habe ich noch ein besonderes Süßchen zu rupfen.“

Jetzt erst erinnert er sich der Frau.

„Was wollen Sie denn hier eigentlich? Wer sind Sie überhaupt?“

Frau Zuhl sagt: „Das ist die Mutter von Fräulein Müller. Fräulein Müller ist diese Nacht gestorben.“

Vielleicht soll es eine Rechtfertigung sein. Ich weiß es nicht. Murawski denkt gar nicht daran, jezt zu schweigen.

„Der eine lügt“, schimpft er, „der andere stiehlt, der dritte läuft am helllichten Tage aus dem Dienst.“ Unwillkürlich glaubt man ergänzen zu müssen: „Und ihre Tochter legt sich hin und stirbt.“

Während schmettert er die Tür hinter sich zu. Die verstörte Frau starrt ihm mit weit offenen Augen lange Zeit noch.

Ich drehe jeden Pfennig zehnmal um, ehe ich ihn ausgabe. Vielleicht gelingt es mir, in diesem Monat zweiundert Mark zu ersparen. Zu einem weiteren Monatsgehalt wird es nicht mehr kommen. Ich fühle mich an der Grenze, wo die Furcht vor der wirtschaftlichen Not verblaßt gegen die vor unaussigbar Schmach.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnungsprovisorium angenommen.

Die Kommunisten und ein Teil der Agrarier dagegen.

Prag, 21. Juni. Das Parlament hat entgegen den ursprünglichen Dispositionen bereits heute abends noch mehrstündige Debatte, in die von Koalitionsseite nur zwei ausgesprochene Hausbesitzervertreter, Petrovich und Kalas, sowie ein Volksparteiler eingriffen, das Wohnungsprovisorium unverändert angenommen.

Bei der Abstimmung stimmten die Kommunisten gegen die Vorlage und somit dafür, daß ab 1. Juni der Mieterschutz überhaupt aufhöre und auch der ärmste Mieter von seinem Hausbesitzer nach Belieben auf die Straße geschickt werden könnte.

Diese Abstimmung, die man sich für die Zukunft nicht merken müssen, demantelten die Herren nur schlecht durch einen weitgehenden Wänderungsantrag, der angesichts der heutigen Verteilung der Macht auf die Hausbesitzer und auf die Mieterparteien völlig außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt und natürlich keine Mehrheit finden konnte.

Bei der Abstimmung ereignete sich aber auch der bis dahin einzig dastehende Fall, daß von einer Koalitionspartei etwa die Hälfte der anwesenden Abgeordneten gegen die Regierungsvorlage stimmte. Es war dies ein Teil der tschechischen Agrarier mit Herrn Dubicky an der Spitze, die in ihrer ohnmächtigen Wut darüber, daß sie in dem Provisorium keine Verschlechterungen des Mieterschutzes durchzusetzen vermochten, die Hände unten ließen, als die Regierungsvorlage zur Abstimmung kam.

Das bedeutet Ablehnung der Vorlage, da die Geschäftsordnung eine Stimmenthaltung nicht kennt. Dieses Vorgehen erregte im Hause sofort größtes Aufsehen und wurde von den Linksparteien allgemein als offener Bruch der Koalitionsdisziplin angesehen, der nicht ohne Folgen für die Zukunft bleiben kann. Falls sich dieses Vorgehen der Herren Dubicky und Konforten, das von ihrem Gesamtklub zumindest nicht verurteilt wurde, morgen bei der zweiten Lesung etwa wiederholen sollte,

so müßten selbstredend die sozialistischen Regierungsparteien auch für sich volle Freiheit beanspruchen, falls es demnächst zur Abstimmung über eine von den Agrariern gewünschte Vorlage kommt. Alle Konsequenzen daraus müssen dann die Agrarier sich selbst zuschreiben!

Gerade diese Haltung der Agrarier zeigte ganz klar und eindeutig, daß die sozialistischen Parteien die unverlängerte Verlängerung des Mieterschutzes mit vollem Recht als wichtigen Erfolg für sich buchen können. Es zeigte sich aber auch, daß es bei den kommenden Verhandlungen über die definitive Form des Wohnungsgesetzes auf sozialdemokratischer Seite des Einflusses aller Kräfte bedürfen wird, um die wütenden Angriffe der Hausbesitzerparteien auf die Vorlage abzuwehren. Bereits heute kündigten Agrarier und Nationaldemokraten den schärfsten Kampf gegen die bekannten drei ersten Abschnitte und gegen andere Bestimmungen der Vorlage an, und auch aus den Reden der deutschen und tschechischen Minister ergab sich, daß die Ministerien bestenfalls eine Art Mittelstellung einnehmen, nie aber zu einer entschiedenen Stellungnahme für die Interessen der Mieter zu haben sein werden.

Die ganze Last des Kampfes um den Mieterschutz und um die ersten Ansätze zur Schaffung eines sozialen Wohnrechtes wird in den kommenden Monaten ausschließlich auf den sozialdemokratischen Parteien ruhen!

Der Referent Lang (Nat. Ztg.) betonte, daß bei gutem Willen auch in der kurzen Frist, die das Provisorium gewährt, eine Verabschiedung des definitiven Gesetzes möglich sein werde.

Frau Bodinova (Komm.) entwickelt ein ebenso großzügiges wie unerschütterliches Wohnungsprogramm, das u. a. völligen Mieterschutz bis zu einem Einkommen von 60.000 K und die Kleinigkeit von jährlich einer Milliarde aus Staatsmitteln für den Bau neuer Wohnungen vorsieht.

Petrovich (Nat. Dem.) entzündete sich vielmals bei den Hausbesitzern, daß sie zwar den Preis ihrer Häuser valorisiert aus der Kriegs- und Nachkriegsinflation herübergesetzt haben, aber noch nicht im Besitze der voll valorisierten Mietzins sind, und schon die Schuld daran auf die verdammte „Politik“ d. h. die Politik der sozialistischen Parteien, ohne die der Mieterschutz schon seit langem liquidiert wäre. Die sozialistischen Parteien hätten sich in der Wohnungsfrage auf den Klassenstandpunkt zurückgezogen. Entschieden zurückzuweisen sind die folgenden Angriffe Petrovichs auf das Fräseministerium, daß die Wohnungsfrage angeblich anfangs nicht genug ernst und unparteiisch in Angriff genommen habe und unrichtig gesehen sei. In den ersten drei Abschnitten der definitiven Vorlage sieht Redner das „Streben nach Sozialisierung des Hauseigentums“, das für ihn natürlich das Allergrößte bedeutet, was sich ein Mensch überhaupt ausdenken kann. An dem Provisorium ärgert ihn besonders, daß keine Änderungen durchgesetzt werden konnten.

Kalas (Rep.) suchte den Vortrager noch zu übertrumpfen. Nach er ist wütend darüber, daß der Mieterschutz unverlängert verlängert wird, und verurteilt den Angriff gegen jeglichen Mieterschutz unter Verschickung der Selbstverwaltungskörper, die um die Zuschläge kommen, und der Vermieter vorzutragen für die angeblichen Verluste, die den Hausbesitzern durch die Nichtvalorisierung

der Rente entstanden sind, rechner er machenhafte Milliardenziffern heraus, bei denen dieser Verlust allerdings jedem Hausbesitzer das Wasser im Munde zusammenlaufen muß. Jährlich drei Milliarden, d. h. 3000 Millionen oder 30 Prozent des gesamten Staatsbudgets, verlieren die armen Hausbesitzer dadurch, daß sie die Rente nicht beliebig in die Höhe heben können; dabei war Herr Kalas noch so unvorsichtig, eine detaillierte Aufstellung zu geben, aus der ersichtlich ist, daß davon nicht weniger als 233 Millionen den jährlich auf die Kleinwohnungen bis zu zwei Zimmern entfallen. Wie immer hätten also die Kleinrenten die Rede zu bezahlen, wenn die Hausbesitzermünche in Erfüllung gingen!

Zwei deutsche Nationalsozialisten, Krebs und Schuber, verpöbelten die deutsche Regierungsparteien wegen ihrer schlechten Politik mit Haut und Haaren. Krebs nimmt vor allem den Minister Spina wegen einer Rede in Neustadt aufs Korn, bedient sich dabei aber einer erschrecklich aktivistischen Redeweise: „Wir bekämpfen nicht den Staat, aber wir stehen auf dem Grund, daß das herrschende System falsch ist. Wir wollen den Staat umbauen in einem Geleise, das in Mitteleuropa existieren kann.“ — Also viel Glück zur Ministerkandidatur in einem wiederkehrenden Bürgerwahl, Herr Krebs!

Rehdol (Sollap.) will die strengen drei Abschnitte aus der Wohnungsvorlage vorläufig eliminieren, um so leichter zu einer Einigung über die Hauptprobleme zu kommen. Jajidel (Christl.) entzieht sich einer klaren Stellungnahme durch die Wendung, daß es nicht nur arme Mieter, sondern auch arme Hausbesitzer gebe und keine Partei immer für den Schutz der Armen einsetze. Er kündigt schließlich Stimmenthaltung der deutschen Christlichsozialen an.

Ablösung der Reparationen durch eine Schlußsumme.

Eine Anregung Macdonalds.

Lausanne, 21. Juni. (Wolff.) In der Reparationsfrage sind die unmittelbaren Verhandlungen der Delegationen unübereinstimmend heute fortgesetzt worden. Bei diesen Besprechungen wies Macdonald als Präsident der Konferenz darauf hin, daß für die endgültige Vereinigung der Reparationsfrage das Bedürfnis nach einer Abklärung bei verschiedenen Gläubigerstaaten vorliegt, und erwähnte die Pläne, die in dieser Richtung bestehen. An die deutsche Delegation ist aber eine offizielle Mitteilung über

Der Referent führte die Ueberrückungen des Herrn Kalas im Schlußwort auf ein halbwegs erträgliches Maß zurück, worauf noch die Abstimmung erfolgte, die unter den eingangs geschilderten Begleitumständen die unveränderte Annahme des Provisoriums bis Ende August, resp. Ende Oktober ergab.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch halb drei Uhr.

Um die nächsten Vorlagen.

An politischen Besprechungen war Dienstag u. a. eine Beratung der beteiligten Referenten über das Problem der Arbeitsbeschaffung zu verzeichnen. Es wurde beschlossen, daß die Referats die Vorarbeiten für die im Budget vorgesehene Investitionsarbeiten so zu beschleunigen haben, daß ebensfalls mit den Investitionsarbeiten begonnen werden kann.

Der Sechsenausschuß zur Beratung der Vorlage über den Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung hielt eine längere Beratung ab, in der Agrarier und Nationaldemokraten in bester Eintracht ihre bekannten Forderungen nach „Kontrollen“ der Unterstützungen, Festsetzung einer Arbeitspflicht und Herabsetzung der Beitragssätze und Einsetzung eines Beirates für Arbeitslosenfragen vortrugen. Die sozialistischen Parteien lehnten diese Forderungen rundweg ab. Eine Anhörung wurde schließlich in der Frage der Uebernahme der Bestimmungen des Genfer Systems über die Auszahlung von Unterstützungen, natürlich unter Wegfall der Karenzfrist, erzielte.

Im Budgetausschuß stellte sich u. a. auch der Nationaldemokrat Dr. Sedoa gegen die beabsichtigte Rückzahlung der Zuschläge zur Einkommensteuer und kündigte Wänderungsanträge an. Morgen werden über diese Vorlage gleichfalls Verhandlungen in einem Sechsenausschuß der Koalition eingeleitet werden.

den Inhalt solcher Pläne bisher nicht gemacht worden.

Die Verhandlungen werden insbesondere mit Macdonald fortgesetzt. Trotz der vorhandenen Gegenläufe ist zu pessimistischen Prognosen in Bezug auf das Konferenzergebnis kein Anlaß. Neben diesen spezifischen Reparationsbesprechungen sind wirtschaftspolitische einhergegangen, die die Frage der Währung, des Güterausstausches und der Devisenbestimmungen betreffen.

Die morgige Wahl des Landtagspräsidiums kann vielleicht durch die Abwesenheit des Zentrums und der Sozialdemokraten vereinfacht werden, andererseits besteht die Gefahr, daß es zur Einsetzung eines rein faszistischen Präsidiums kommt, wenn die Falkenkreuzler bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten gegen den Sozialdemokraten stimmen.

Wahl des preußischen Ministerpräsidenten

erst nach den Reichstagswahlen.

Berlin, 21. Juni. Spät abends hat sich ergeben, daß die für die Plenarsitzung am Mittwoch vorgesehene Wahl des preußischen Ministerpräsidenten bis nach den Reichstagswahlen vertagt wird, und zwar auf Wunsch des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Kerkel, dem die Zentrumsfraktion zustimmte. Dadurch ist für die morgige Plenarsitzung eine Mehrheit für die Hinausschiebung der Wahl des Ministerpräsidenten gegeben.

Das deutet darauf hin, daß die Nationalsozialisten mit der Einsetzung eines Reichskommissärs für Preußen rechnen.

Schalte auf Raten.

Salzburg, 21. Juni. (AP.) Die bedrohliche Lage des Landes zwingt die Regierung bis auf weiteres die Monatsgehälter der Landesbeamten und Lehrer in zwei Raten auszusahlen. Es gelangt mithin im kommenden Monate am 1. Juli der halbe Monatslohn, mindestens jedoch 200 Schilling, bezw. der Mindestgehältern unter 200 Schilling der volle Monatsbezug zur Auszahlung.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Prag: 6.15: Symphonie, 11: Schallplatten, 13.40: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung; Ing. Wagner: Die Brotzeit Weizen als Inlandserzeugnis, 18.50: Einführung zur Oper, 19: Der Fall Arlonas, Singpiel. — Brünn: 18.25: Deutsche Sendung; Vody Vintar, Hörspiel. — Währ.-Ottawa: 12.30: Orchesterkonzert, 18.30: Deutsche Sendung; Prof. Rapp: Einleitung der Ploneten, 22.20: Unterhaltungsmusik. — Berlin: 15.20: Aus Arbeit und Leben. — Hamburg: 20: Deutsche Langmusik. — Leipzig: 19.30: Orchesterkonzert. — München: 21: Sinfonienkonzert. — Wien: 17: Konzertstunde, 19.40: Sprung über das Sommerfest, 21: Brudner: Kaffe D-Roll.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

Internationales Schach-Grenztreffen.

Sonntag, den 19. Juni, trafen sich in Eichwald bei Teplitz-Schönau die Schachgenossen von Sachse mit dem 5. Preis M.L.E. (OSR.) zum Rückspiel. Das Grenztreffen im Vorjahr wurde in Georgensfeld-Untergrünwald an 30 Brettern mit dem Ergebnis 19:11 für den 5. Preis des M.L.E. beendet. Das sonntägige Rückspiel, welches an 30 Brettern ausgetragen wurde, brachte das Ergebnis 33 1/2 : 31 1/2 für Sachse. Bei Beurteilung der zum Kampfspiel angetretenen Wettkämpfer ist unsere Niederlage ehrenvoll, da die tschechische Arbeiter-Sportbewegung bereits auf eine langjährige Tätigkeit zurückzuführen ist.

Entschliebung der österreichischen Arbeiterpartei.

Der Bundesrat des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur Österreichs nahm folgende Entschliebung einstimmig an:

Die furchtbare Wirtschaftskrise, die der Kapitalismus über alle Länder des Erdkreises gebracht hat, kann nicht ohne tiefe entscheidungsvolle Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände überwinden werden. Die Welt des Kapitalismus bricht zusammen. Aufgabe des internationalen Proletariats ist es, dafür zu kämpfen, daß aus den Trümmern der alten Welt eine neue, die Welt des Sozialismus erhebe. Die im USA vereinigten Schicksalgenossen junger Arbeiter und Arbeiterinnen werden nach wie vor in den proletarischen Kampfzügen stehen und ihre ganze Kraft einbringen, um die Arbeiterklasse zum Siege zu führen.

Inbesondere erheben die Arbeiterpartei es als ihre unmittelbare Aufgabe, mitzubekämpfen, die Gefahr des Faschismus zu bannen. Sie halten sich bereit, dem Rufe der proletarischen Selbstschulung Österreichs, des Republikanischen Schutzbundes, zu jeder Zeit Folge zu leisten, um im gemeinsamen Kampfe die Feinde der Arbeiterklasse zu schlagen.

Eine Rede Minister Spinas.

Auf dem Arisparteitag des B. d. L. in Währ.-Neustadt führte Minister Prof. Dr. Spina u. a. aus:

Nichts schmiedet für unsere Gegner hierzulande eine schärfere Waffe zur weiteren Entwicklung der nationalen Unzufriedenheit mit allen ihren bösen Folgen, als der Hinweis auf ein antidemokratisches und faszistisches Deutschland. Jede solche Regierung in Deutschland verstärkt bei uns und überall, wo deutsche Minderheiten vorhanden sind, jene Elemente, denen nicht nur die deutsche Beteiligung an der Regierung bei uns ein Dorn im Auge ist, sondern die schon lange für eine Ausnahmehandlung der deutschen Minderheit überhaupt Stimmung macht. Es ist kein Zufall, sondern leider ein begründeter massenpsychologischer Zusammenhang, wenn in allen vergangenen Jahren kein einziger großer politischer Massenprozeß (wie der bevorstehende Volksprozeß, d. Red.) gegen Deutsche in der Tschechoslowakei abgeführt worden ist, sondern daß er gerade in eine Zeit fällt, wo das Gespenst der starken Hand jenseits der Grenze ebenso bedenkliche Gespenster der starken Hand diesseits der Grenze heraufbeschwört.

Was ist die traurige Folge, wer büßt das? Unsere deutsche Bevölkerung, für die wir nicht ohne Erfolg in aufreibender, stiller Arbeit die Existenzbedingungen zu bessern suchen und gebessert haben, und unsere deutsche Jugend, die einmal den Staatsdienst auffuchen soll.

Wir Deutschen sind in diesem Staate nun einmal im Stellungskrieg gegen einen stärkeren Gegner. Unsere Hauptaufgabe ist, unsere Stellungen zu wahren und dem Gegner nicht unnötig Einbruchsstellen zu liefern, von welchen aus die gesamte Linie zurückgedrängt werden kann.

Wir deutschen Minister, denen alle möglichen Vorwürfe gemacht werden, auch der, daß wir es zu diesem Prozeß haben kommen lassen, müssen ganz entschieden erklären, daß nicht wir, sondern eben jene, die Stimmung für diesen Prozeß geschaffen und Hunderte von Volksgenossen hineingetrieben haben, die sich propagandistisch mit diesen Gespenstern der starken Hand jenseits der Grenzen solidarisch erklärt haben, mit jener Bewegung, die jetzt so hohe Wellen im Deutschen Reiche wirft.

Der Minister erklärte dann, er wolle in der bisherigen unentwegten Kleinarbeit für die Erhaltung deutschen Volksguts und deutscher Kultur fortfahren in der Hoffnung, daß seine Einstellung zur Demokratie diesseits und jenseits der Grenzen auch auf tschechischer Seite gewürdigt wird.

Den Gegnern im deutschen Lager sagt er: Wenn knaatsfeindlich ohne Kompromiß, dann mutig und ohne Larnloppe heraus damit! Wenn nicht, dann dreht nicht den Strid für diejenigen vor der deutschen Öffentlichkeit, die bürgert und im Interesse ihres Volkes diese Staatsfeindlichkeit ohne Kompromiß als tödlich und schädlich ablehnen.

Wir werden uns mit dieser Rede noch beschäftigen.

Tagesneuigkeiten

Wenzl Waberstich gestorben.

Wieder schied einer von der alten Garde aus dem Leben, einer, der an dem Aufbau, besonders der nordböhmischen Arbeiterorganisationen hervorragend Anteil hatte. Wenzl Waberstich, der Bauarbeiter im Anfang des Jahrhunderts im Reichsberger Gebiete wachgerufen, an denen er in der vordersten Linie teilnahm. Waberstich wurde im Jahre 1871 geboren und erlernte das Maurerhandwerk. Die Bauarbeiter waren damals ohne allen Schutz der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Waberstich unermüdlicher Kampf mit den Baumeistern brachte ihm die Maßregelung und die Drohung, daß er nie mehr Arbeit erhalten werde. Doch die Arbeiter ließen ihn nicht im Stich; im Jahre 1902 entsendeten sie ihn in die Baugesellenkassa. Im selben Jahre wurde er in die Bauarbeiter-Agitationkommission für Nordböhmen gewählt. Diese Kommission hatte die Aufgabe, die Bauarbeiter in der Organisation zu sammeln und ihre Aktionen zu leiten. Im Jahre 1905 brach unter ihrer Leitung der große Streik der Bauarbeiter aus. Der Kustrieg der Bauarbeiterorganisation folgte. Ihr funktionärskörper mußte ausgebaut werden. Waberstich wurde als sachverständiger Sekretär für Nordböhmen von den Bauarbeitern gewählt. Bei der Reichsberger Bezirkskrankensicherungsanstalt war er durch zwei Jahre Obmann; während dieser Zeit wurden das Erholungsheim und das Wohnerrinnenheim gebaut. Mit diesen beiden Schöpfungen ist der Name Waberstich auf immer verknüpft. Vor dem Kriege war er auch durch mehrere Jahre Obmann des Konsumvereines. Wie in der Gewerkschaft, so war er auch in der Partei immer an der ersten Stelle zu finden. In der Arbeiterschaft, unter der er zu seines Lebens wirkte, wird die dankbare Erinnerung an ihn nicht verkorengehen.

Die literarischen Hüter der „Moral“.

Die „Deutsche Presse“ für den Schandparagrafen 144. — Eine gelungene Polemik.

Es kam, wie es kommen mußte: die Christlich-sozialen haben den Kampf gegen den mit allgemeiner Sympathie aufgenommen Gesetzentwurf über die Reformierung des mörderischen Fruchtabtreibungsparagrafen aufgenommen. Die „Deutsche Presse“ hat diesen Kampf der schwarzen Reaktion mit einer Polemik eröffnet, die den Titel trägt: „Förderung der Fruchtabtreibung“. Der Artikelschreiber bejammert zunächst die „Forderung“ des Schutzes für das keimende Leben. Er zitiert die bemerkenswerte Feststellung des Moribundberichtes, daß „die meisten Fälle von Abtreibung überhaupt geheim bleiben und meist nur Fälle zur Kenntnis gelangen, die unglücklich ausgefallen sind“.

Daraus folgert der fromme Christ nicht etwa, daß hier ein in den sozialen Zuständen wurzelnder Missetat vorliegt, sondern er sieht in der Widerrung der Strafbestimmungen nur die staatliche Anerkennung eines „unmoralischen und unmoralischen“ Zustandes. Der Rotivendbericht betont, daß der § 144 sich vor allem gegen die sozial Schwachen richtet. Der literarische Schreiber weiß natürlich ebenfalls von den Luxusoperationen, wo für die Befriedigung der gleichen Operationen mit allem Komfort vorgenommen werden. Aber das bedeckt er mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe. Er beklagt nur, daß den sozial Schwachen die gleichen Vorteile verschafft werden sollen, wie den Reichen (wörtlich zitiert!).

Weiters nimmt diese christliche Seele die Fälle unter die Lupe, in denen das Gesetz Strafflosigkeit zugeht. Zunächst polemisiert er mit der „medizinischen Indikation“ und bezieht sich auf irgendwelche „führende Fachleute“ (er nennt sie kluger Weise nicht) dafür, daß in jedem Fall die Geburt ungefährlicher sei, als die Abtreibung! Das würde nun schon genügen, um die absolute Abnützungsfähigkeit des Schreibers darzutun, denn diese Frage ist längst im argenteiligen Sinn entschieden und auch die heutige Praxis anerkennt bereits die Zulässigkeit des Eingriffes in Fällen, in denen das Leben des Gebärenden bedroht wäre.

Ganz aus dem Häuschen gerät aber der schwarze Herr bei der Kritik der „sozialen Gründe“. Der antisoziale Zynismus, der da zutage tritt, soll dem Blatt nicht vergessen sein. In einer Zeit, da es so vielen proletarischen Eltern nicht möglich ist, ihren Kindern das notwendigste Brot zu verschaffen, erlaubt sich ein literarischer Schreiber von der „Herabwürdigung der Ehe zu einer bloßen Vergnügungssache“ zu sprechen. Hat er denn keine Ahnung von allen den Tragödien, die sich Tag für Tag vor den Gerichten abspielen?

Zum Schluß versucht er einen jüdischen Dreh. Bekanntlich richtet sich der Entwurf vor allem gegen die gewerkschaftlichen Abtreiberinnen, die mit strenger Strafe bedroht werden. Der Artikelschreiber erlaubt sich nun, nachdem er selbst die einschlägigen Bestimmungen zitiert hat, die „Beschränkung“ auszusprechen, daß diese Abtreiberinnen von dem neuen Gesetz Nutzen haben würden. Wie — das verdammt er beiseite.

Bekanntlich ist es gerade der Sinn und Zweck des Entwurfes, die Schwangerschaftsunterbrechungen, die heute in ungeahntem Ausmaße



Wenn dem Arbeitgeber zu wohl wird begräbt er sich selbst

Maffenerkrankungen und Alkoholvergiftungen beim Infanterieregiment Nr. 9

Ein Todesopfer.

Prag, 21. Juni. (T.M.) Massenhaften Erkrankungen von Soldaten und Fälle von Alkoholvergiftung beim Infanterieregiment Nr. 9 in Dylole Njho (Hohenmauth) werden durch sachkundige Ärzte vornehmen zu lassen und somit ein schwerwiegendes Gefahrenmoment für die Volksgesundheit auszuhalten. Einem katholischen Journalisten macht es nicht die mindeste Schwierigkeit, die Tatsachen in ihr getradetes Gegenteil zu verkehren.

aufrat, wozu Sonntag vormittag noch weitere Fälle kamen, wurde für die Mannschaft Tee mit einer Beigabe Rum bereitet. Mit der Ausgabe des Rumes wurde der Magazin-unteroffizier betraut, der sich jedoch den Rest des Rumes ließ und ihn im Magazin zusammen mit dem Soldaten Skola vom Kavallerieregiment Nr. 9 austrank. Nach diesem unmäßigen Alkoholgenuß verfiel Skola im Magazin in Bewußtlosigkeit und erlag bis zum Abend der Vergiftung.

und unter lebensgefährlichen Umständen von habgierigen und skrupellosen Weibern durchgeführt werden, in gerechtfertigten Fällen durch sachkundige Ärzte vornehmen zu lassen und somit ein schwerwiegendes Gefahrenmoment für die Volksgesundheit auszuhalten. Einem katholischen Journalisten macht es nicht die mindeste Schwierigkeit, die Tatsachen in ihr getradetes Gegenteil zu verkehren.

Alles in allem — die literarische Presse hat ihre antisoziale Einstellung kaum je offener und adstößender dargelegt, wie bei diesem Anlaß.

Der Prager „Jude“ Rainer Maria Rilke.

Klassische Literaturgeschichte.

Wir lesen in der „Arbeiter-Zeitung“: Es wäre geradezu ein Wunder, wenn die Universitätsprofessoren, die ihre Hauspolitik ganz nach dem Hakenkreuz orientiert haben, nicht auch in ihrer wissenschaftlichen Produktion das Mäntelchen nach dem Winde drehen. Je niedriger die spezielle Disziplin ist, mit der sie sich befassen, desto näher liegt die Verführung und desto besser gelingt das Vorhaben. Zu den lustigsten Beispielen gehört, seit sie die sogenannte „Spekulative“ Richtung eingeschlagen und sich ganz auf „Wissenschaft“ eingestellt hat, die deutsche Literaturgeschichte. Welche sonstigen Entgleisungen dabei passieren können, zeigt an einem schlagenden Beispiel Viktor Benda in einem Aufsatz des „Literaturanzeigers“ für die höheren Schulen Oesterreichs, den die freigewerkschaftliche Organisation der Mittelschullehrer herausgibt. Professor Josef Kadler, seit kurzem ordentlicher Professor für deutsche Literatur an der Wiener Universität, leistet sich in seiner „Literaturgeschichte der deutschen Sprache und Dichtung“ (4. Band, Seite 891) das Kunststück, den jordan Drifler Rainer Maria Rilke, den Abkömmling eines alten kärntner Adelsgeschlechtes, als Juden abzustempeln. Der Beweis sieht so aus:

Prag war die ideale Judenstadt. Die Literatur des Landes (Polmen) ist im wesentlichen Prager Literatur und die Prager Literatur im wesentlichen jüdisch. Sinn und Inhalt dieser Prager Kunst, das war Rainer Maria Rilke (der nie Jude war, Red.), der geborene Prager, Blut und Knoch des Raumes. Denn wir glauben an diesen kärntner Adel nicht, auch wenn er behauptet hat, wir glauben an die Tropfen komischen Blutes, auch wenn sie nur spärlich waren, wir glauben an seine jüdische Mutter, von der er erblich wird.

Und nun kommt das Tollste. Genau mit der gleichen Methode, die Tatsachen durch den „Glauben“ widerlegen zu können vermeint, erkennt ein anderer Literaturhistoriker, Adolf Bartels, der das Geschäft der raffentesten Literaturbetrachtung schon seit Jahrzehnten betreibt, in R. M. Rilke zwar den „verblödeten Aristokraten“, dagegen in Professor Kadler den — Prager Juden! Er findet jüdischen Geist in seiner Literaturgeschichte, „Sei es nun, daß Kadler selbst Jude ist oder die Mutter in der Schule August Sauer übernommen hat.“ (Bartels „Geschichte der deutschen Literatur“, große Ausgabe, I. Band, Seite 9.) So mußte es ja wohl kommen: alles Jüdische ist den Herren

unsympathisch, deshalb erklären sie umgekehrt alles, was ihnen aus irgendeinem Grund unsympathisch ist, für jüdisch. Was sollte nun einem Junggelehrten unsympathischer sein, als der — Konkurrenz? Also macht er aus ihm einen „Juden“. Es ist nur ein Müd, daß es das Jubentum schon gibt; sonst hätte man es eigens erfinden müssen, um diese Art von Wissenschaftsbetrieb möglich zu machen.

Schwere Autounfälle.

Verheerend (Oberhausen), 20. Juni. In der Nacht zum Sonntag wurde während der Rückfahrt von einer nationalsozialistischen Sonnenwandler ein Auto, das mit einer Anzahl von Personen aus Altersschütz und Schlechtewegen besetzt war, von einem Lieferwagen angefahren und stieß gegen einen Baum. Der Landwirt Rodel aus Schlechtewegen und seine Frau sind dabei erlittenen schweren Verletzungen erlitten. Ferner wurden mehrere Personen schwer verletzt. Andere haben leichtere Verletzungen erlitten.

Wiener Neustadt, 21. Juni. Gestern abend fuhr der Legationsrat der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien Stanlo Erhartie mit seiner Gattin, von Semmering kommend, in seinem Automobil durch die Neustädter Allee. Beim Kilometerstein 51 geriet der Wagen infolge der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straße ins Schleudern und stürzte in den Straßengraben. Der Wagen überschlug sich und beide Insassen wurden verwundet. Die beiden Verwundeten wurden in das Wiener Neustädter Allgemeine Krankenhaus geschafft. Dr. Erhartie ist dort seinen schweren Verletzungen erlegen. Seine Gattin hat anscheinend bloß leichtere Verletzungen davongetragen.

Nur einer hat revoltiert. Das Pressebüro meldet: Einige Tagesblätter brachten Berichte über einen Vorfall, der sich Donnerstag, den 16. Juni auf dem Landgut in Opatska, das dem Komensky-Anstitut (der Staatsberufungsanstalt) in Kaschau gehört, begab, in dem Sinne, als ob es sich um einen Aufstand der Jüglinge gehandelt hätte, der mit Gewalt unterdrückt werden mußte und als ob hierbei der Anstaltsaufseher schwere Verletzungen erlitten hätte. Wie die Direktion der Anstalt mitteilt, hat es sich keineswegs um die Revolte einer größeren Zahl von Jünglingen, sondern nur um die rezenteute Tat eines einzigen taubstummen Jüglings gehandelt, der heimtätig ist und aus der Anstalt nicht entlassen werden kann, da er keine Angehörigen besitzt und eine Heimatsgemeinde bisher für ihn noch nicht bestimmt wurde. Die Anstaltsleitung teilt weiter mit, daß der von ihm überfallene Aufseher nicht schwer verwundet wurde, sondern eine leichte Verletzung der Schädelhaut erlitt. So daß er noch Behandlung der Wunde seinen Dienst fortsetzen konnte. Der Jügling, der — wie es bei Taubstummen der Fall zu sein pflegt — sehr lächerlich ist, wollte aus seiner Abilition auf den Hof gehen, doch wurde er davon unter Gewaltanwendung verhindert. Er entriß sich jedoch den zwei ihn haltenden Aufsehern, lief auf den Hof und warf mit Steinen nach ihnen, wobei er den Aufseher Janak traf und ihn leicht verletzte. Hierauf wurde er

von den zwei Aufsehern doch überwältigt und, sobald er sich beruhigt hatte, von dem verletzten Aufseher in die Anstalt geführt.

Ryhterische Schieberei eines angeblich geisteskranken Soldaten. In das Waffenmagazin der Erschloppanerie des Inf. Reg. Nr. 36 in Ungvár drang Dienstag früh durch ein enges vergittertes Fenster der Soldat Rudolf Kaczor aus Mähr.-Odrau ein. Im Magazin nahm er ein Gewehr und fünf scharfe Patronen an sich und begann in dem leeren Raum in den Fußboden und auf sein eigenes Gewehr zu schießen. Als Alarm geschlagen wurde, floh Kaczor, wurde aber verfolgt und gefangen. Da an ihm Anzeichen geistiger Störung bemerkbar waren, wurde er ins Divisionshospital zur Untersuchung seines Geisteszustandes eingeliefert.

Großfeuer in Oberplan. Samstag brach in der Gemeinde Oberplan im Böhmerwald ein Brand aus, der sich rasch auf die umliegenden Gebäude ausbreitete. Obwohl aus der ganzen Umgebung die Feuerwehren erschienen und an den Lösungsarbeiten teilnahmen, behütete sich der Brand sehr rasch aus und vernichtete die Wirtschaft- und Wohngebäude mehrerer Anwesen. Im ganzen wurden fünf Wohngebäude und sieben Scheunen in Asche gelegt. Der Gesamtschaden ist sehr groß und wird auf eine Million Kronen geschätzt. Erst Samstag abends konnte das Feuer eingedämmt und Sonntag abends vollkommen gelöscht werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Man glaubt, daß er auf Funkenflug aus den Rauchfängen zurückzuführen ist.

Der rasende Tod. In der Nacht, ein Liegenwagen zu überholen, schlug der aus Leuzgammende Friedrichsbergwälder B. auf der Straße bei Rázdorf ein so hölliches Tempo ein, daß er, als er infolge Schleuderns der Wägen an den Leitwagen anstieß, sofort getötet wurde.

Verhängnisvoller Radsturz. Am 18. Juni fuhr der 20jährige Klempner Josef Frede auf einem Motorrad mit Beiwagen, in dem seine Frau saß, auf der Prager Straße von Brünn nach Redowitz. Während der Fahrt brach plötzlich das Rad des Beiwagens und Frede stieß mit dem Kopfe auf den Blechrand des Wagens. Sie wurde tödlich verletzt. Auch Frede erlitt innere Verletzungen. Beide wurden von der Station des Roten Kreuzes in das Landeskrankenhaus in Brünn eingeliefert.

Liebesleid einer Verzechnjähigen. Der Landwirt Groß-Schulte in Mariand gefiera auf der Diele seines Hauses seine 14jährige Tochter Maria tot auf. Das Mädchen war durch einen Sturz in die Schläfe getötet worden. Wenige Schritte entfernt lag gleichfalls tot der 21 Jahre alte Dienstknecht Kewm. Aus einem hinterlassenen Schreiben geht hervor, daß Maria die Tat aus Liebeskummer begangen hat.

Verhaftung eines Wiener Advoakaten. Nach Auftrag der Staatsanwaltschaft wurden Rechtsanwalt M. Dr. Ferdinand Uhr und dessen Gattin in Wien wegen Verdachtes der Korruption in einer der Gerichte unabhängigen Strafkasse in Haft genommen und dem Erlangenenthaus eingeliefert, da Fluchtgefahr und Verabredungsgefahr bestand. Wie die Blätter erfahren, werden Dr. Uhr und seine Gattin beschuldigt, das Vermögen des ehemaligen Direktors der Kreditanstalt Dr. Ehrenfest im Ausland verschoben zu haben.

Verbot eines Wiener kommunistischen Hungermärsches. Ein unter Führung der kommunistischen stehendes Komitee zur Durchführung eines Hungermärsches hat für den 23. Juni eine Versammlung der Arbeitslosen auf dem Stephansplatz und einen daran anschließenden Demonstrationzug zur industriellen Bezirkskommission zur Anzeige gebracht. Die Bundespolizeidirektion in Wien hat die Veranstaltung untersagt.

„Spiel“ mit Schußwaffen. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Gewehr erschoss in Casleau bei Swinemünde der 15 Jahre alte Werner Hennig seinen 12 Jahre alten Bruder und verletzte den 23 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter Willi Tempde schwer. Werner Hennig fand in einem Schupfen ein altes Gewehr, einen Vorderläder, das von Tempde öfters zum Krächtschießen benutzt wurde, und legte in dem Glauben, das Gewehr sei nicht geladen, auf die beiden jungen Leute an. Ehe Tempde es verhindern konnte, krochte ein Schuß und die Schrotladung drang dem Schüler Erwin Hennig in die linke Brustseite. Der Junge brach bewusstlos zusammen und starb einige Minuten darauf. Auch Tempde wurde von der Schrotladung getroffen und erlitt schwere Verletzungen im Rücken. Er wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Der Sandguck wurde Montag nachmittags von einem Wirdeksurm heimgeschickt. Hunderte von Bäumen wurden entlaubt und viele Häuser abgedeckt. In Uffheim wurden fünf Scheunen eingerissen. Der Schaden, den das nur wenige Minuten dauernde Unwetter angerichtet hat, wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Ermäßigte Halbjahreskarten für Reisende. Der Bund der Vertreter und Reisenden, Teplitz-Schönewitzgruppe des Allgemeinen Angestelltenverbandes (Schönewitz) gibt bekannt, daß die Ausgabe der ermäßigten Halbjahreskarten auf Grund der bisherigen Vorschriften erfolgt und vorläufig keine Änderung erfolgt. Andererseits Berichte der Tagespresse sind jedenfalls frühzeitig erhaltener halbamtlicher Verschönerung mit die geplante Richtungsänderung frühestens ab 1. Jänner 1933 in Kraft treten. Jede Änderung wird rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Interessenten werden ersucht, die Kartenscheinstellungen rechtzeitig vorzunehmen. Auskünfte in der Rangei des Bundes der Vertreter und Reisenden in Teplitz-Schönewitz, Sigwalders Straße 11.

Oel! Oel!

Nirgends kommt kapitalistische Raffschicht und Befähigung stärker zum Ausdruck als in den Kämpfen um den wichtigsten Betriebsstoff der modernen Zeit, um das Oel. Wo Oelfunde gemacht werden, da tritt automatisch der gesamte jermalende Apparat des kapitalistischen Systems in



Durch Oel reich geworden.

„Anera Kolb“, die letzte Doppelkinder der Schirefelsen, die sich in Europa aufhält.

Erscheinung, da werden Menschenleben vernichtet, glückliche Existenzen zerstört, die Natur vergewaltigt — nur um des Oeles und des Profites willen. Niemand hat das besser geschildert als Traven in seinem Roman „Die weiße Rose“. Was hier von Mexiko erzählt ist, das gilt in gleichem Maß von Nordamerika, von den Indianergebieten. Was sich hier, vor allen Dingen in Oklahoma, abgespielt hat, ist eine grenzenlose Tragödie und ein Schandfleck in der amerikanischen Staatengeschichte.

Dort, wo heute die Landarten der Vereinigten Staaten am Mittellauf des mächtigen Arkansas, des westlichen großen Nebenflusses zum Mississippi, den Bundesstaat Oklahoma anzuweisen, ein riesiges Gebiet, meist durchzogen von weiligen Ebenen, im Süden gegen Texas abgegrenzt durch die Wollito-Hills, — dort gab es einst ein „Indianergebiet“. Es besaß im Norden und Nordwesten weite Prärien, wo die letzten großen Büffelherden freier Indianer samt ihren Herden ein Dorado hatten. Fast große und die Reste zahlreicher kleiner Stämme hatten in diesem „Indian Territory“ ihre Wohnsitze. Darunter die Schirafelsen und Seminolen. Sie bauten Weizen, Mais, Hafer, Gemüse, auch wohl Baumwolle und hatten sich eine selbständige staatliche Einrichtung geschaffen, mit Washington nur in Berührung durch die neun weißen „Indian Agents“, welche ihnen die Rechte der Regierung brachten für das von den Rothhäuten „abgetretene“ Land außerhalb des Indian Territory. Im Fort Gibson lag eine Besatzung der Blauhäutigen.

Wir erzählen in der Vergangenheit. Denn heute ist alles ganz anders. Wohl hatte die Regierung der Vereinigten Staaten dieses Gebiet den Indianern im Jahre 1837 als „beständigen“ Wohnsitz zugewiesen und sich feierlich durch Vertrag verpflichtet, sie nicht in ihrem Besitz und

Ferienreise unmöglich — was tun?

Erholung zu Hause. — Nichtig auschlafen. — Die Kinder müssen ins Freie.

Diese Zeilen sind den Vielen gewidmet, die infolge der schweren Wirtschaftslage sich keine Sommerreise gönnen können und zu Hause ihren Urlaub verbringen müssen. Hier gilt es zu versuchen, sich einen gewissen Ersatz zu schaffen. Dazu ist es notwendig, sich zunächst einmal die gesundheitliche Bedeutung einer Erholungsreise vor Augen zu führen. Sie besteht in der Loslösung aus der gewohnten Umgebung, im Aussetzen der täglichen Arbeitsanstrengung und der Gewinnung andererartiger angenehmer Eindrücke. Für den Großstadtbewohner kommt noch als besonders wichtiger Faktor der Aufenthalt in frischer, reiner Luft hinzu.

Wie kann man sich nun an Stelle der ausfallenden Sommerreise einen gewissen brauchbaren Ersatz verschaffen?

Was das Arbeitsansetzen anbetrifft, so heißt dies wirklich rein gar nichts von der Arbeit hören und sehen, und auch nicht davon reden. Sicherlich wird es manchem Zuhausebleibenden recht schwer fallen, hierzu die notwendige Energie aufzubringen; aber das hilft nichts, das muß eben sein.

Viele Großstadtbewohner, denen häufig die erforderliche Stundenzahl zum Schlafen fehlt, sollen zunächst einmal die in den Ferien gegebene Möglichkeit des Auschlafens tüchtig ausnützen. Regelmäßige Lebensweise, vor allem pünktliches Einhalten der Schlafzeiten, die in Ruhe, ohne Sorgen genommen werden sollen, wirkt außerordentlich beruhigend und entspannend.

Weiterhin gehören unbedingt als Ersatz für den ausfallenden Milieuwechsel der Sommerreise neue oder zumindest angenehme Eindrücke, hauptsächlich solche im Freien zu einer rationellen Ausnützung des Heimaturlaubs. In allen Großstädten gibt es schöne Parkanlagen. Auch an gut erreichbaren Waldungen wird es nicht fehlen, in denen man sich stundenlang oder gar den ganzen Tag aufhalten kann. Kleingärtner und Landbesitzer werden schon von sich aus den Hauptteil ihrer Ferienzeit in ihren kleinen Besitztümern verbringen. Wanderfreudige sollten die Gelegenheit benutzen, die nähere Umgebung ihrer Heimatstadt kennenzulernen. Sie werden bei solchen Ausflügen immer und immer wieder überrascht sein, auf

herrliche bisher unbekannte Schönheiten der Natur zu treffen. Dort wo Seen und Flüsse zum Baden locken, wird man sich eifrig dem nassen Element widmen und möglichst viel den nackten Körper der Luft — und mit Vorsicht — auch der Sonne aussetzen. Viel werden auch beim Lesen eines guten Buches — natürlich nicht beruflichen Inhalts — gerade mitten im Walde oder am Rande eines Sees, sitzend, oder liegend, Genutz finden.

Man sieht, es ist auch mit bescheidenen Mitteln möglich, sich einen annehmbaren Ersatz für die Sommerreise zu verschaffen.

Die Kinder haben die gleiche Möglichkeit der Erholung, in vielen Städten noch vermehrt durch gut und zweckmäßig angelegte Spielplätze, auf denen sich die Kleinen bei gutem Wetter den ganzen Tag über tummeln können. Allerdings sollte man, wenn es irgend anging, die den Großstadtkindern einen ausreichenden Aufenthalt in einer der zahlreichen Ferienkolonien weit ab von der Stadt, zu ermöglichen suchen, wenn auch hier die wirtschaftlichen Verhältnisse recht häufig derartige Verschickungen durch Gemeinden oder Krankenkassen sehr erschweren. Die Zeitspäter der SAJ. stehen hier an erster Stelle.

Am schwierigsten ist die Frage eines Ersatzes für die Sommerreise zu beantworten, wenn man seine Blide auf die Hausfrau wendet. Denn solange sie kocht und den ganzen Haushalt zu besorgen hat, steht sie eben mitten im Berufs und es fehlt eine der Hauptbedingungen für den „Reisefolg“. Und doch wäre gerade für die Hausfrau, die vielfach sogar noch gezwungen ist, daneben außerhalb des Hauses dem Brotwerb nachzugehen, die Loslösung aus der häuslichen Arbeit für ein paar Wochen ein dringendes Erfordernis.

Wenigstens aber sollten die Ehemänner während dieses Urlaubs versuchen, den geplatzten Hausfrauen alle nicht unbedingt erforderlichen häuslichen Arbeiten zu ersparen, oder sie ihnen sogar so weit als möglich — abzunehmen, selbst wenn darunter die Bequemlichkeit etwas leidet. Immerhin kann man durch entsprechende Rücksichtnahme, der Hausfrau eine gewisse, wenn auch immerhin bescheidene Erholung verschaffen.

Dr. med. A. O.

Der Photograph in der Tiefseekammer.

Kug' in Auge mit unbekanntem Tiefseefische. — Raubfische sehen ihr Spiegelbild. — Wenn es oben regnet.

Der amerikanische Tiefseeforscher Williamson gehört zu den wenigen, die in der Abenteuerwelt am Meeresgrund sozusagen wirklich zu Hause sind. Er besitzt ein Schiff, aus dessen Boden eine sehr lange biegsame Röhre tief ins Meer gesenkt werden kann. Die Röhre schließt unten mit einem kleinen Raum mit dicken Glasscheiben ab, und in diesem Raum kann man in aller Bequemlichkeit sitzen, während die Wunderwelt der Tiefe an den Scheiben vorüberzieht. Der Aufenthalt in dieser Tiefseestube ist so gefährlos, daß Williamson sogar schon seine Frau und seinen Sohn dort bei sich gehabt hat. Die Finsternis dort unten erhellte er durch starke elektrische Scheinwerfer, und es ist ihm auf diese Weise sogar möglich gewesen, photographische, ja selbst Filmaufnahmen von den Tieren zu machen.

Die Fische, die in dieser Finsternis leben, sind blind. An Stellen aber, wo noch ein wenig Licht hindringt, sind die Tiere oft mit kolossalen, bisweilen teleskopartigen Augen ausgestattet; ebenso haben sie häufig selbstleuchtende Organe, die ihre Umgebung genügend aufhellen. Obwohl das Sonnenlicht völlig fehlt, haben die Tiefseefische oft die herrlichsten Farben, man findet rote, violette, gelbe und braune Farböne. Sehr selten kommen blaue Fische vor.

Nicht nur die Farben der Tiefseefische sind bemerkenswert, sondern oft auch die Formen.

Manche haben langgestreckte, aalartige Körper mit winzigem Kopf, andere haben überhaupt nur aus Kopf zu bestehen. Fast allen gemeinsam aber ist das verhältnismäßig große Maul, das mit vielen großen Zähnen besetzt ist, ein Zeichen, daß wir es mit geringen Raubtieren zu tun haben. Die Anpassungsfähigkeit ihres Magens ist ungewöhnlich. Es kommt vor, daß ein Tiefseefisch einen anderen verschlingt, der beträchtlich größer ist, als er selber.

Einige der Tiefseefische leben allerdings auch von toten kleinen Tieren, die im Wasser umhergeschwommen oder auf den Grund niedergefallen sind. Es sind dies meistens Tiere, die sich bei Lebzeiten in höheren Wasserschichten aufhielten, dann aber langsam abgesunken sind, so daß für diese Fische die Nahrung wirklich einmal wieder „von oben“ kommt.

Es geschieht oft, daß Raubfische während gegen die Scheiben der Tiefseestube rennen, nicht weil sie etwa das Glas zertrümmern möchten, sondern nur weil sie ihr eigenes Spiegelbild sehen und einen anderen Fisch vor sich zu haben glauben, dem sie den Garaus machen wollen.

Zu den merkwürdigsten Ausstattungen der Tiefseefische gehören besonders die verschiedenartigen Fühler sowie auch lange, weiche Auswüchse, die nur in ziemlich stillstehendem Wasser zu brauchen sind. Diese Tastwerkzeuge ersetzen den Fischen die Sehorgane. Bei einem aalartigen Tiefseefisch ist die untere Kieferpartie mit einem fadenartigen Fühler versehen, der wie ein langer Rinnbart wirkt. Manche Tintenfische haben ein gerades zu tausendfüßigen Aussehen.

Hochinteressant sind die Polypen, die eine ganz eigenartige Fortpflanzung haben; sie laubden nämlich an ihrem Körper sitzende Knospen ab, die dann ein eigenes Leben führen, aber doch nichts weiter sind, als die frei bewegenden Geschlechtsfortpflanzung der Polypen. Jedes Ei dieser kleinen Wesen entwickelt sich zu einer kimmerbaorigen Larve, die, sobald sie zu Boden gesunken ist, aufs neue zu einem Polypen wird.

Williamson erzählt, daß er aus seiner Unterwasserstube höchst merkwürdige Beobachtungen machen kann. Es ist nämlich möglich, die Stube so zu stellen, daß die Scheiben nach oben gekehrt sind, und man sieht dann zur Oberfläche hinauf. Wenn dann die Sonne scheint, sieht es aus, als ob ein Regen von Silbertropfen wie Feuerwerk durch das Wasser geht. Regen es, so fallen die großen Tropfen mehrere Zentimeter in das Wasser, und es sieht von unten aus, als würden Millionen von Bleistiften ganz schnell in das Wasser hineingeschossen und wieder herausgezogen. Wenn es donnert, wird der Schall vom Wasser gedämpft, als dränge er durch eine Gummischicht. Blitze werden hart abgefedert.

Eine hochinteressante Welt, die dem Durchschnittsmenschen verschlossen ist und in die nur der seiner Wissenschaft hingebende Forscher eindringt.

E. D.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Internationale Uebersichten der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in den Jahren 1927 und 1928 veröffentlichte soeben das Statistische Staatsamt. In den betreffenden Uebersichten sind die Mitglieder nach Ländern, Erdteilen und nach Richtungen gegliedert. Was die Richtungen betrifft, so entfallen im Jahre 1928 auf die sozialdemokratische Richtung 19.878.843 Mitglieder, auf die kommunistische 11.706.906 (einschließlich Rußlands), auf die anarchistisch-kommunistische 323.643, auf die christliche 2.117.562, auf andere Richtungen entfielen 10.159.285 Mitglieder. Ausführliche Angaben enthält Nummer 5 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, in der auch die Einnahmen und Ausgaben der nationalen Zentralen des Internationalen Gewerkschaftsverbandes sowie die Einnahmen und Ausgaben der in diesen Zentralen vereinigten Organisationen in den Jahren 1927—1928 enthalten sind. Die „Mitteilungen“ sind für 1 K durch alle Buchhandlungen bei der Firma Bursif & Rohout, Prag 2, Bäckelstraße nam., erhältlich.

Oesterreich und seine Nationen.

Aus einem neuen Buche Karl Rautskhs.

Genosse Karl Rautskh, der Restor der deutschen Sozialdemokratie, arbeitet gegenwärtig an einem großen umfassen Werk über „Krieg und Demokratie“, das auf vier Bände berechnet und dessen erster Band soeben im Verlage von J. H. W. Dietz (Berlin) erschienen ist. Dieser Band stellt eine historische Einleitung zu dem ganzen Werke dar und behandelt Kriege und Revolutionen vom 16. Jahrhundert bis zum Jahre 1848. Es erfahren darin der Aufstieg der Niederlande und die englische Revolution des 17. Jahrhunderts, der Unabhängigkeitskrieg Amerikas und die französische Revolution des 18. Jahrhunderts sowie die französische Revolution von 1830 und die Revolutionen von 1848 in Frankreich, Deutschland und Oesterreich eine eingehende Darstellung, die den Leser verlohrt, den Zusammenhängen zwischen Krieg und Revolution nachzugehen. Die Darlegungen Rautskhs beruhen selbstverständlich auf der materialistischen Geschichtsauffassung und sind eine Art Weltgeschichte der Revolutionen. Wir entnehmen dem letzten Abschnitt des Buches eine Stelle, die vom alten Oesterreich handelt:

„In Oesterreich machte sich neben alledem ein besonders Umstand geltend, der den

Absolutismus begünstigte, der Zwiespalt seiner vielen Nationalitäten. Keine von ihnen war von Haus aus gegenrevolutionär. Jede wollte die Demokratie, das Aufheben des Absolutismus. Aber jede war national beschränkt, wollte die Demokratie nur für sich. Keine dachte daran, daß die Demokratie nur gesichert sei, wenn sie allen in gleicher Weise zuzustehen werde. Keine trug Bedenken, die eigene Demokratie auf Kosten der Selbstbestimmung der anderen Nationalitäten ertingen und festhalten zu wollen, wenn Gelegenheit dazu gegeben schien.

Am Umsturz des Absolutismus haben alle österreichischen Nationalitäten mitgearbeitet, sie alle haben seinen Fall freudig begrüßt. Dann aber ist es nach den wechselnden Situationen bald die eine, bald die andere dieser Nationen in die Loge gekommen, durch einen nationalen Aktors hinzugebrängt zu werden. Keine der Nationen Oesterreichs hat in dieser Beziehung Ursache, gegen den anderen Vorwürfe zu erheben. Sie haben sich alle in gleicher Weise kurzfristig und national verblendet erwiesen.

Nicht minder aber auch seine leitenden Staatsmänner.

Schon vor 1848, leidend die Anfänge demokratischer Regierungen sich innerhalb der schwarzen Grenzpfähle merkbar machten, hatten die Befürworter des Absolutismus den großen Vorteil entdeckt, den die absolute Gewalt der Monarchen

Oesterreichs daraus zog, daß ihnen nicht bloß eine liberale oder demokratische Bewegung gegenüberstand, sondern eine Reihe solcher, die sich oft und leicht untereinander bekämpften, schwächten und lähmten.

Das Ausspielen der nationalen Gegensätze, ihre Förderung und Steigerung, nicht ihre Abschwächung wurde ein Hauptmittel der inneren Politik der Regierungen Oesterreichs.

Sie handelten dabei ebenso verkehrt, wie die nationalstiftischen Politiker selbst. Diese merkten nicht, daß sie die Demokratie für die eigene Nationalität untergruben, wenn sie diese Demokratie nicht im Zusammenwirken mit den anderen Nationalitäten, sondern in deren Bekämpfung zu ertingen suchten. Die Wiener Regierungen wiederum merkten nicht, daß sie durch Entfachen der nationalen Kämpfe wohl die monarchische Gewalt momentan stärkten, aber den Bestand des Staates selbst untergruben. Denn trotz allen Demnissen ließ sich auch in Oesterreich die Demokratie auf die Dauer nicht unterdrücken. Je mehr Bewegungsfreiheit die Massen dort bekommen, desto mehr mußten dann die nationalen Gegensätze als Sprengpulver auf den Staat wirken. Diese Gegensätze haben dem Absolutismus in Oesterreich eine längere Lebensdauer gegeben, als ihm sonst vergönnt gewesen wäre, aber auch bewirkt, daß der Staat durch kein anderes eingedringenes Band zusammengehalten wurde, als durch seine Dynastie und durch ihre Militär. War dieses geschlagen und aufgelöst,

dann verfiel auch bei einer gewissen Höhe allgemeiner europäischer Demokratie mit Notwendigkeit nicht nur die Dynastie, sondern auch der Staat. Alle anderen Staaten, die in den Weltkrieg 1914 eintraten, haben ihn überdauert, auch wenn sie ihre Dynastien verloren — von Montenegro etwa abgesehen. Oesterreich allein ist nach der Schlachtniederlage verchwunden, wie es verdient hat, mit einem Schlag verschwunden, und zwar so gründlich, daß es außer einigen lebenden Namen von Bürokraten und Militaristen keine Bestehenden hinterließ.

So rasch ging dank seiner nationalen Gegensätze der Niedergang und Zerfall Oesterreichs vor sich, daß sich die ganze Periode zwischen dem vollen Sieg des Absolutismus und dem völligen Untergang des Reiches innerhalb der Dauer eines einzigen Menschenlebens abspielte. Derselbe Kaiser von Oesterreich, der im Dezember 1848 eingekrönt worden war, um den vollen Triumph der Gegenrevolution, die Herstellung der unumschränkten monarchistischen Gewalt in allen Gebieten des Kaiserstaates zu inaugrieren, er lebte lang genug, um den Anfang des Endes zu sehen. Am 21. November 1916 starb Franz Joseph. Sein Nachfolger Karl erlangte die kaiserliche Würde gerade nur zu dem Zwecke, um ihr gleich darauf zu entsagen, wobei er auf etwas verzichtete, das durch den allgemeinen Aufstand aller Nationalitäten bereits aufgehört hatte zu bestehen.

PRAGER ZEITUNG.

Hätte Hamlet Aufrufe unterzeichnet?

Max Brod über Hamlet!

Beil er (heutzutage) keinen Namen gemäß unter jeden Aufruf gegen die Todesstrafe, gegen den Krieg gezeichnet, sich jeder Aktion für Hungernde und Unterdrückte angeschlossen hätte?

Ob er das wohl getan hätte? R. B. zweifelt gar nicht daran, denn Hamlet war ja ein guter Mensch, ganz einfach ein guter Mensch mit normalen Lebensinstinkten, was ihn ja allein schon zum Unterzeichnen von Aufrufen fähig verpflichtet hätte.

Der Krieg und die Krise zeigen furchtbar viele traurige Parallelen: Hungerdöden, Cholera, eine schreckliche Zunahme der Radium, der Tuberkulose und eine — peinliche Zunahme der öffentlichen Tätigkeit der Intellektuellen. Zur Zeit des „Stahlschades“ machten sie in Patriottismus: sie unterzeichneten Aufrufe, schrieben Gedichte und protestierten indirekt und verdienten direkt daran.

Aufrufe unterzeichnen, Diktationsaktionen einleiten, die den „Helfenden“ wenig kosten und den Hungernden noch weniger einbringen — das, Herr Doktor Max Brod, erweist in unserer Zeit noch lange nicht den „Idealismus des untrügerischen Humanismus“.

Heute abends verabschiedet sich nach langjähriger Mitgliedschaft am Neuen Deutschen Theater Max Koller, der geschätzte Tenorbass. Der Vorbild in Mozart's „Entführung aus dem Serail“, den man ihm, nicht sehr gerecht, als „Benefit-Partie“ ausgemacht hat, wird, so klein auch die Partie ist, noch einmal zeigen, daß mit Max Koller ein ausgezeichneter Künstler, immer hoch im Stil und in der Vortragsweise seiner Aufgabe, von uns scheidet, ein geschmackvoller Sänger, ein gewandter Schauspieler, voll musikalischer Harmonie im Gesang wie im rein Buffonesken. Koller sang und spielte das ganze Jahr, jede seiner Leistungen war Spiegelbild einer außerordentlichen künstlerischen Gewissenhaftigkeit und einer an großen Bühnen erworbenen Schulung und Kultur.

Das Nebährdendefensivamt überließ in den Tagen vom 27. bis 30. Juni an seinen bisherigen Räumlichkeiten, Truhlfloß 3, in keine neuen Anträge im Hause des Pensionarinstitutes der Arbeiter in Prag II, Bobilova 28 (2. bis 4. Stock), 1. Etage. Ab 27. Juni sind die grammatikalischen Eingaben an die neue Adresse: Bobilova 28-II (Kongel Nr. 17), zu richten.

Zu das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“

Gerichtssaal

Näuber oder Käufer?

Regie Verhandlung der Schwurgerichtsperiode.

Prag, 21. Juni. Mit heutigem Tage fand die dritte Schwurgerichtsperiode des heutigen Jahres ihren Abschluß. Vor den Geschworenen erschienen der Währiger Johann Kulhánek, dem die Anklage dreifachen Raub zur Last legt. Der Fall ist unklar.

In der Umgebung eines Landwirtschens in Mittelhöhmen ereigneten sich seit August vorigen Jahres mehrere Raubüberfälle auf nächtlich Passanten, die aus dem Hofstaus heimkehrten. Zuerst wurde am 31. August ein gewisser Stápek niedergeschlagen, worauf der Täter keine Taten unternahm, aber kein Geld vorband. Am 7. September ereilte das gleiche Schicksal den Koffer eines Vereines, dem hierbei 200 K abhanden kamen. In beiden Fällen wurde der Täter nicht festgestellt.

Der dritte Fall betrifft zwei Männer, die im Hofstaus die Bekanntheit des Angeklagten gemacht hatten und gemeinsam mit ihm heimkehrten. Unterwegs attackierte er sie mit Strohseilen und warf den einen zu Boden, während der andere entfloh. Er raubte ihm 1100 K. Diesmal war die Identität des Täters klar und am nächsten Tage verhaftete man den Angeklagten. Daraufhin meldeten sich auch die früheren Verletzten und glaubten in dem Verhafteten den Mann zu erkennen, der sie überfallen hatte.

Der Angeklagte erklärte alles das als Erfindung und gab nur in dem dritten Fall zu, sich mit einem der Betroffenen gerauft zu haben, weil dieser angeblich sein Mittel belästigt habe. Es sei nur eine Kauferei gewesen, keineswegs ein Raubüberfall.

Die Geschworenen erkannten den Angeklagten nur im letztgenannten Fall auf Grund der bestimmten Anzeigen der beiden Zeugen schuldig. Er wurde zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Kunst und Wissen

Abschiede.

Heute abends verabschiedet sich nach langjähriger Mitgliedschaft am Neuen Deutschen Theater Max Koller, der geschätzte Tenorbass. Der Vorbild in Mozart's „Entführung aus dem Serail“, den man ihm, nicht sehr gerecht, als „Benefit-Partie“ ausgemacht hat, wird, so klein auch die Partie ist, noch einmal zeigen, daß mit Max Koller ein ausgezeichneter Künstler, immer hoch im Stil und in der Vortragsweise seiner Aufgabe, von uns scheidet, ein geschmackvoller Sänger, ein gewandter Schauspieler, voll musikalischer Harmonie im Gesang wie im rein Buffonesken. Koller sang und spielte das ganze Jahr, jede seiner Leistungen war Spiegelbild einer außerordentlichen künstlerischen Gewissenhaftigkeit und einer an großen Bühnen erworbenen Schulung und Kultur.

Im Zuge der nur kurz möglichen Würdigung scheidender sei gleich auch des freitägigen Abschieds von Frau Olga Keinele gedacht, der vortrefflichen Sprecherin und Gesalterin einer großen Zahl von Frauenrollen. Auch für diese Künstlerin, die erst in den letzten Monaten wieder einigermaßen Gelegenheit erhielt, den Rhythmus ihrer Darstellungsbedingungen nachzuweisen, gilt die Feststellung eines ersten, verantwortungsbewußten Persönlichkeits, die das Theater vor allem als Aufgabe betrachtet und über dem Beruf die innere Befähigung und Bestimmung vergißt. Für, wie den anderen, auch den hier Namentlich, ein freundschaftliches Leben und den aufrichtigen Wunsch zu weiterer Lauf- und Tatkraft. L. G.

„Hamlet“ II

Es ist ohne Zweifel selbst in so verwüsteter Theaterwelt wie der heutigen manch besserer Hamlet denkbar als der des Herrn Ströblin, dem zum ersten Male eine Rolle solchen Formats anvertraut war. Seine laubere Arbeit, seine sprachlich solide Textwiedergabe und hingemäße Charak-

tergehaltung aber wären auf jeden Fall zu loben, um so mehr aber sind sie es, wenn man die zweite Aufführung mit der ersten und den Hamlet Ströblin mit der Hamlet-Raritätur Moissis vergleicht. Erst in der morgigen Aufführung merkte man ganz, was einem in der Moissis-Rolle verloren blieb, nun hatte das Drama wieder seinen edlen Glanz, der Text seinen beinahe berausenden Sprachreichtum, dem man sich nicht entziehen kann, sooft man das Werk hört, wenn es nur annähernd so gut gespielt wird, wie es vor 30 Jahren, vor dem Einbruch der Reinhardt und Moissis in das deutsche Theater, wohl jede mittlere Bühne spielen konnte.

Da der Hamlet gut war, hob sich mit dem Niveau der gesamten Aufführung auch das einzelner Akteure. Hölzlin's Schauspieler hatte diesmal Feuer und Schwung, Fr. Andergast, die sehr zum Vorteil auch der Rolle ihre Maske geändert hat und nicht mehr blondbestäubt, sondern braungefärbt kommt, ist sichtlich gemachener, die allgemeine Unfähigkeit des Ensembles ist geschwunden. Gut war auch der neue Horatio Bert Aldas.

Die Worte Hamlets an die Schauspieler wirkten in der eindringlich schlichten Wiedergabe durch Herrn Ströblin wie ein Sühne-Epilog zu den Greueln der ersten Aufführung. Sehr zu Unrecht hatte sich ja Herr Moissis gerade in diesem Zusammenhang einen Witz über den alten patriotischen Stil geleistet. Was Hamlet über die Schauspieler sagt, die den Mund zu voll nehmen, die mit den Händen durch die Luft fegen, die den Unwissenden zum Lachen bringen und dem Einheitsvollen Verdruß bereiten, all das, was er als Zeichen eines jämmerlichen Ehrgeizes anführt, paßt bei weitem eher auf Herrn Moissis als auf die Parteimitter, und Shakespeare hätte wohl nicht nur seine Verse lieber vom Anrufer als von Herrn Moissis gehört, sondern diesem gegenüber vielleicht auch die eingeflochtenen Drohungen Hamlets wahr gemacht.

Nun erst kann man den Besuch der Aufführung empfehlen. Die Schauspieler aber seien gefragt, wie lange sie es noch dulden wollen, daß prominente Reklameforscher ihnen die ehrliche Arbeit vieler Stunden zuschanden machen und dafür schamlosweise so viel Honorar beziehen, als von der Gage aller übrigen auf eine Vorhellung entfällt. E. F.

Heute: Abschied Max Koller: „Die Entführung aus dem Serail“, Oper von Mozart. Anfang halb 8 Uhr. (Abonn. aufgehoben.)

Morgen: Neuenstudiert: „Manon Lescaut“, Oper von Puccini. Dirigent: Max Kubicki. Regie: Oscar Fritz Schab. Besetzung: Rahne (Titelpartie), Andersen, Beckmann, Grederus, Hagen, Reiter, Koller, Schönborg. Anfang halb 8 Uhr. (Abonn. aufgehoben.) Wiederholung: Sonntag um halb 8 Uhr (207—III).

Freitag: Abschied Olga Keinele: „Hamlet“. Anfang halb 8 Uhr (206—II).

Sonntag: Premiere: „Für eine schöne Frau“, Operette von Walter B. Goetze. Text nach einem Lustspiel von Leo Benz von Günther Biba und Oscar Felix. Dirigent: Fritz Kieger. Regie: Rudolf Stadler. Kostüme: Trude Volkner. Anfang 8 Uhr. (Abonn. aufgehoben.)

Montag und Dienstag: Gastspiel des Berliner Theaters der Komiker: „Lachen wie noch nie!“ In der Spitze des Ensembles stehen: Kurt Rohde, Chef als Witwerjäger und künstlerischer Leiter sowie als Darsteller, Trude Hesterberg, Paul Morgan. Dazu Hermann Arban, Barton mit seinem Theater künstlerischer Menschen, die Tänzerin Dinah Stora, die Komiker Erich Wolf und Otto Hopps u. a. Musikalische Leitung der Komponistin Frau Hochmann. Allgemeiner Vorverkauf ab heute. Anfang halb 8 Uhr. (Gastheime ungenügend.)

Mittwoch, den 29. und Donnerstag, den 30. 6.: Ensemblegastspiel Joachim Ringelnag: „Die Hölle“. Die Spielzeit der Kleinen Bühne schließt mit einem zweimaligen Ensemblegastspiel von Joachim Ringelnag, dem originellen Dichter und Komponisten. Ringelnag stellt sich in seiner Zermantöhlade „Die Hölle“ als Dramatiker und Schauspieler vor. Der Vorverkauf für das Gastspiel bleibt heute den Abonnenten gewahrt, ab morgen allgemeiner Vorverkauf. (Gastheime ungenügend.)

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, halb 8 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“. Abschied Max Koller. — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Manon Lescaut“ (Neuenstudiert). — Freitag, halb 8 Uhr: „Hamlet“ (Abschied). — Samstag, halb 8 Uhr: „Für eine schöne Frau“ (Premiere). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Manon Lescaut“ (207—III). — Montag, halb 8 Uhr: „Die Kaiserin“ (208—IV).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, halb 8 Uhr: „Wie man Vater wird“ (Baukanten I). — Donnerstag, 8 Uhr: „Koulette“ (Baukanten II). — Freitag, halb 8 Uhr: „Morgen geht's aus auf“ (Ab.). — Samstag, halb 8 Uhr: „Frau Warren's Gewerbe“ (Ab.). — Sonntag, 8 Uhr: „Alle Wege führen zur Liebe“ (Ab.). — Montag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Berliner Theaters der Komiker.

Mitteilungen der „Urania“.

„Alkoholismus und Prostitution“. Zweites Großfilm. Dieser Film wird in Extra-Kulturfilm-Vorführungen Mittwoch, 22. und Donnerstag den 23. ds., um 6 und 8 1/2 Uhr gezeigt. In dezenter Form wird Wissen und Aufklärung vermittelt. Ein Mahnwort, um Gesundheit, Kraft und Lebensglück zu erhalten. Neues Material — neue Forschungen. Für Jugendliche unter 18 Jahren nicht zugänglich. Urania-Kino.

NICHT NUR IHRE FRAU

AUCH SIE SELBST

und Ihre ganze Familie können Freude an der „Unserzeitung“

BESTELLEN SIE

dieses gute Wochenblatt sofort, es ist

UNGLAUBLICH BILLIG!

Abonnement 20 Heller in jeder Zahl. — Vierteljahrespreis mit Postzustellung ins Haus K2 7.50.

VERWALTUNG: PRAG II., NEKAZANKA 18.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Freitag, den 24. Juni 1932, um acht Uhr abends, Kleiner Urania - Saal, Prag II., Smeklagasse 28.

Diskussionsabend.

Thema: „Die politische Entwicklung in Deutschland.“

Einleitendes Referat, Abgeordneter Genoss Jaksch.

Die Bezirksvertretung.

Jugendbewegung.

Kate Falken, Ferienlager. Donnerstag, um 4 Uhr, im Verein deutscher Arbeiter, Vorgesprechung, an welcher familiäre gemeldete Falken und ihre Eltern teilnehmen können. Vorher um halb 3 Uhr in der ersten Prager Krankenkassa ärztliche Untersuchung aller Teilnehmer.

S. J. Leute, Mittwoch, den 22. d. M. Abendpausiergang. Treffpunkt 8 Uhr abends Endstation der Ser in Kluboply. Bei welchem Weiter im Heim am Jüngerplatz Gruppenbesprechungen stattfinden. — **Freitag, den 23. d. M.** abends 8 Uhr, in der Gelehrten-Ausstellung.

Jugendabteilung des Allgem. Angestellten-Verbandes Reichberg, Ortsgruppe Prag. Donnerstag, den 23. d. M., am Jüngerplatz, Auszubildung. Anfang Punkt 7 Uhr.

Meldet freie Posten

sofort dem Allg. Angestellten-Verband Prag II., Jüngerplatz nam. 4. Telefon 51351.

Sport • Spiel • Körperpflege

Wiener Arbeiterfußball, Liga: Gasweit gegen Postgewerkschaft 3:3 (2:1), Phönix Schwetzer gegen Elektra 3:3 (2:2), Rudolfsbühl gegen Weidling 3:1 (2:1), Feuerwehr gegen Floridsdorf 3:1 (0:0), Rot-Blau gegen Dörfert 4:1 (2:0). — **Erste Klasse**: Gruppe Süd: Zentralverein gegen Beford-Rider 3:3 (3:3, ist damit Meister), Simmering gegen Hochbühl 2:0, Brigittenau gegen Germania 3:3, Union gegen WAF 1:0, Neu-Rettenhof gegen Tanou 3:2, Gruppe Nord: Columbia gegen Tonausfeld 3:2, Landsträger Sportfreunde gegen Zentral 3:1, Teufliche Union gegen ESBahn Favoriten 3:3.

Leistung noch nicht Meister. In der Wiener Handball-Meisterschaft der Turner verlor Stroking gegen Stadlau 7:6 (5:3) und hat dadurch die Führung an Stadlau abgeben müssen, das jetzt einen Punkt mehr hat.

Turnen an erster Stelle. Nach den abgeschlossenen Berechnungen des 17. Turnfestes (Oesterreich) des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes nahmen an den Turnübungen 1,599,109 Mitglieder gegen 1,337,306 des Vorjahres teil. Das Männerturnen ist um 16 Prozent zurückgegangen, dagegen das Frauenturnen um 1 Prozent und das Kinderturnen um 87 Prozent (!) gestiegen. Die Zahl der Handballmannschaften ist von 151 auf 230 gestiegen. 116 Vereine haben Winterportabteilungen.

VERLANGET UEBERAL!

